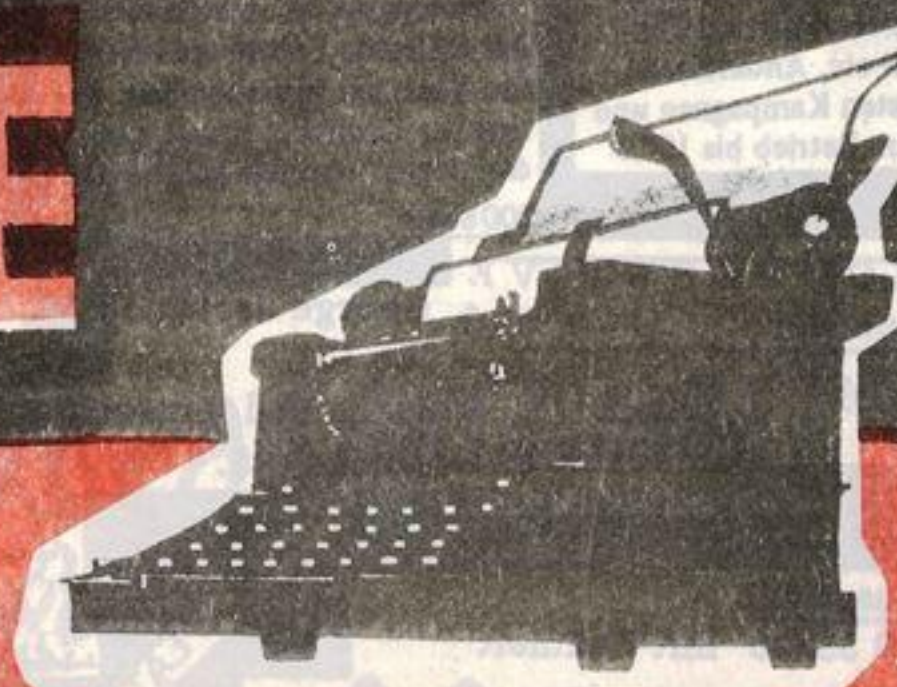
DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN SCHREIBMASCHINEN

NORDDEUTSCHE FRESSE



NR 1 MAI/JUNI 1974

PREIS: 1 DM

VW-ARBEITER
dürfen wieder
KURZARBEITEN!

ANARCHO-MUND TUT WAHRHEIT KUND !

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. *Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitersache" in München* 6.80

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisierung/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

Der Westen wird rot. *Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal" verwirklichen – und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos" fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Wir wollen ALLES

Roman der Fiatkämpfe

Übers. von P. Chotjewitz

Wagenbach ROMAN

DM 6.80

..und eine Zeitung revolutionärer Gruppen aus verschiedenen Städten. Betrieb, Stadtteil, Lehrlinge, Schüler...

Wir befreien uns selbst

Lieder der "Arbeitersache" München, 1973, 45.-

LP 33/30, Stereo

soll wegen "Staatsverleumdung" verboten werden!

Schallplatten

Prospekt anfordern!

8 München 80, Josephsburgstr. 16

KOMAK

erhältlich im Buchladen Jugendzentrum Nordstadt

TONKOOPERATIVE Hannover

Demnächst NEU

Single

+ Multinational Corporation Blues

+ George Jackson
+ Joe Hill
+ Sacco und Vanzetti

-4Stücke- 5.- DM -

SCHALLPLATTEN:

Neuauflage LP 33/30 mit Textheft

LIEDER DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS DM 10.-

WIR SIND NICHT KÄUFLICH!

Originalmitschnitt des Versuches zweier Verfassungsschutzbullen einen hannoveraner Genossen anzuwerben. LP 33/30 10.-

Neu im Trikont-Vertrieb

Politrock – Revolutionäre Lieder aus Afrika, Irland, Lateinamerika, Vietnam, USA

Lotta Continua. Bella ciao Tupamaros

ITALIEN CLS 6

Ton Steine Scherben 20.- Keine für Niemand 2 LPs

Index NEU LP 15.- von der Politrockgruppe KomKol

NORDDEUTSCHE FRESSE

HerausgeberAnschrift des Redaktionskollektivs und presserechtlich verantwortlich:
Gerhard Knapienski 3 Hannover Steintorfeldstr.4

Fotos: von der APH(ANARCHO PRESSE HANNOVER) soweit nicht anders gekennzeichnet
Meldungen,die mit ID gekennzeichnet sind,haben wir vom Informationsdienst, der erscheint in Frankfurt,Homburgerstr.36,übernommen
Meldungen,die gekennzeichnet sind,geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektives wieder,alle Rechte bleiben dann bei den Verfassern
Die NORDDEUTSCHE FRESSE erscheint monatlich.
Die Redaktionssitzungen sind meistens öffentlich,und werden bekanntgegeben
Einzelbestellungen werden nur als Abos gegen Vorauszahlung von 12DM für 12 Ausgaben durchgeführt,Lieferbedingungen für Buchläden und arbeitende Gruppen auswärts werden auf Anfrage mitgeteilt
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 03/74
Alle Zahlungen mit befreiender Wirkung nur auf Postscheckkonto:
Gerhard Gansert 3 Hannover Kontonummer: Han 4106 15-306
Auflage: 1000 Preis 1DM Druck: Eigendruck

INHALTSVERZEICHNIS

S. 4 §218

S. 11 SPANIEN

S. 13 KURZARBEIT BEI VW
UND
S. 16 BEI OPEL

S. 18 FRESSE STREIT

S. 21 STRAUSS IN HANNOVER

S. 23 STREIT OER RUTEN
HILFEN

S. 25 PROZESS OSSWALD, SCHULTE

S. 26 2 TODESFÄLLE

S. 27 1. MAI

S. 28 NOCHMAL FRESSESTREIT

S. 29 STECKBRIEF

S. 30 ZUR LANDTAGSWAHL

§ 218

Der § 218,der in seiner bisherigen Form mehr als 1oo Jahre bestanden hatte,ist gefallen, was noch vor einem Jahr unmöglich schien ist geschehen,nicht eins der Indikationsmodelle sondern die fortschrittlichste Regelung, die im Bundestag eingebracht wurde, die Fristenlösung,wurde verabschiedet.Damit sind die Weichen gestellt, für die nächsten Jahre(Jahrzehnte) wird dieses Gesetz für die Frauen, die Abtreiben wollen(oder müssen), bestimmend sein.Das Gesetz verspricht einiges,bis zum 3.Monat sollen Abtreibungen straffrei sein,was bisher jährlich 1 Million Frauen illegal taten, ist nun legal.Damit ist der Frau einiges an Angst genommen,ist sie doch nun nicht mehr kriminell und von Strafe bedroht,der Eingriff wird nun vom Facharzt vorgenommen,die Gefahr für die Gesundheit der Frau wird dadurch auf das medizinisch mögliche Minimum reduziert.Durch Abtreibung auf Krankenschein ent fällt sogar die finanzielle Belastung.Es scheint als sei durch diese Reform ein hundertjähriger Misstand beseitigt,als gehöre ein Stück unterdrückung nun endlich der Vergangenheit an. Zumindest grosse Teile der betroffenen Frauen sind da ganz anderer Meinung, sie sehen in der 12Wochen Fristenregelung nur eine Fortsetzung der Unterdrückung und fordern ersatzlose Streichung des § 218.Die Gründe hierfür sind einleuchtend,der Weg der legalen Abtreibung,ist nicht so sicher, wie er auf den ersten Blick scheint, die Frau muss sich einem umständlichen Rechtsweg mit Formularen und Anträgen un terwerfen,der leicht dazu führen

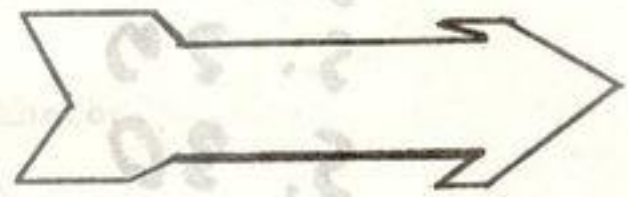
ÄNDERUNG

aber

keine

LÖSUNG

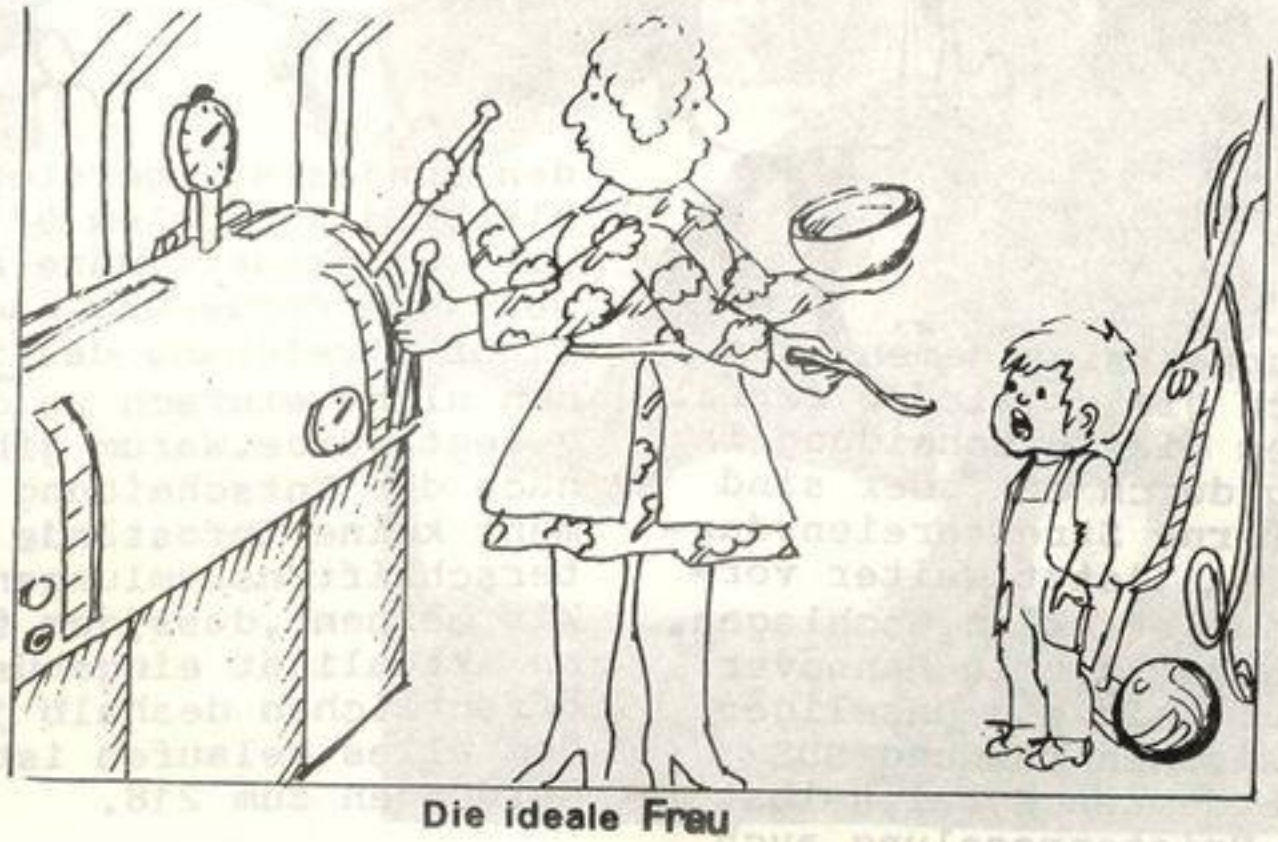
kann, dass die Frist verstrichen ist, und die Frau das Kind gegen ihren Willen austragen muss.Das trifft besonders Frauen aus den sozial benachteiligten Schichten,also Arbeiterinnen. Die Faktoren Wissen,Zeit,Geld und Wohnort sorgen dafür,dass auch in Zukunft gilt: 218 ist ein Paragraph,der immer nur die Armen traf.Erfahrungen aus Ländern in denen bereits legalisierter Abtreibung bestätigen dies:Trotz der Möglichkeit zum legalen Schwangerschaftsabbruch ist die Zahl illegaler Abtreibungen kaum zurückgegangen.Die Not der Frauen blieb bestehen.Würde hier nun die geforderte er-



* Falls es der CDU nicht doch noch gelingt die Fristenregelung über den Bundesrat zu Fall zu bringen.

satzlose Strichung des § 218 eine Änderung bringen?Würde dies die Entmündigung der Frau,die selbst frei entscheiden will,ob sie ein Kind haben möchte oder nicht aufheben?Diese Fragen bleiben vorläufig unbeantwortet,es gibt bislang kein Land,das uneingeschränkt der Frau bis zum 9.Monat die Entscheidung überlässt,ob sie abtreiben will oder nicht.Am weitesten gehen Fristenregelungen bis zum 5. Monat.So bleiben nur spekulationen ob die ersatzlose Streichung des § 218 die Situation der Frauen geändert hätte.Hier sind Zweifel angebracht.Zwar ergibt sich die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 unmittelbar aus der Situation der Frau(für eine Frau, die schwanger ist und die aus sozialen oder anderen Gründen kein Kind haben kann und für die deshalb Abtreibung der letzte Ausweg ist,entsteht die Notlage doch erst durch die gesetzliche Vorschrift, die diesen Ausweg kriminalisiert. So wird die Frau natürlich als erstes gegen diese gesetzliche Vorschrift kämpfen.),doch ist die Lage der Frau nicht nur durch das Gesetz bestimmt,andere Faktoren sind viel entscheidender.So gibt es ein paar ungeschriebene Gesetze,die aus den Ökonomischen Notwendigkeiten der freien Marktwirtschaft folgen und die festlegen,dass die Frau kein kind bekommen darf und abtreiben muss.Zunächst einmal ist der Geburtenrückgang in der BRD sehr erwünscht,Gastarbeiter sind billige Arbeitskräfte,warum soll man dann noch teuren deutschen Nachwuchs heranziehen?Frauen sind ebenfalls billige Arbeitskräfte,aber schwangere Frauen sind teuer,der Unternehmer spart viel Geld,wenn die Frau abtreibt,noch billiger für ihn wirds, wenn die Abtreibung illegal(nach Feierabend)ist.Auch viele Ärzte haben ein Interesse daran,dass viel und illegal abgetrieben wird, bedeutet dies doch für sie steuerfreie Nebeneinkünfte.

Man sieht,die Situation der Frau wird durch zum Teil Widerstreitende Kapitalinteressen bestimmt, auf die ein Gesetz natürlich keinen Einfluss hat.Genausowenig,wie bisher der § 218 Abtreibungen verhindern konnte,genausowenig wird die Fristenregelung oder die ersatzlose Streichung Abtreibung legalisieren können,wenn es den Bedürfnissen der Industrie nicht entspricht.Gesetzliche Regelungen können erfahrungsgemäss immer unterlaufen werden.Trotzdem bleibt natürlich der politische Kampf gegen den § 218 sinnvoll,er kann jedoch nur Teil des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frau sein. Dieser richtet sich weniger gegen ein Gesetz,sondern gegen die Unterdrückung,die die Frau unmittelbar erfährt:Die Bedingungen, die es der Frau unmöglich machen ihr Kind auszutragen,ihm eine gesicherte,glückliche Existenz zu



Die ideale Frau

bieten,oder die sie auf der anderen Seite zwingen ein Kind zur Welt zu bringen,das sie nicht will,und das ihr wieder mal als einzige Funktion in dieser Gesellschaft die Aufzucht von Nachkommen zugesteht.Diese Kräfte,die die Frau entmündigen sind organisiert und entsprechen den Bedürfnissen des Kapitals,wenn sie sich auch widersprechen.Kinderfeindlichkeit und Mutterschaftsideologie,die die Frau in die Rolle einer billigen Arbeitskraft oder einer Gebärmaschine drängen sind 2 Seiten eines Pendels,das je nach Bedarf in die eine oder andere Richtung ausschlagen kann.Die Frauen werden lernen müssen diesen Kräften ihre eigenen Interessen organisiert entgegenzustellen.

Frauengruppen sind dementsprechend auch gleich wieder zerfallen nachdem die Entscheidung im Bundestag durch war,oder sind durch interne Streitereien,darüber,wie man jetzt weiter vorzugehen hat,stark angeschlagen. Im Aktionskomitee in Hannover findet zur Zeit ein unseliger Streit zwischen KBW und SDS statt.Wie dem auch sei,selbst wenn die Fristenregelung auch

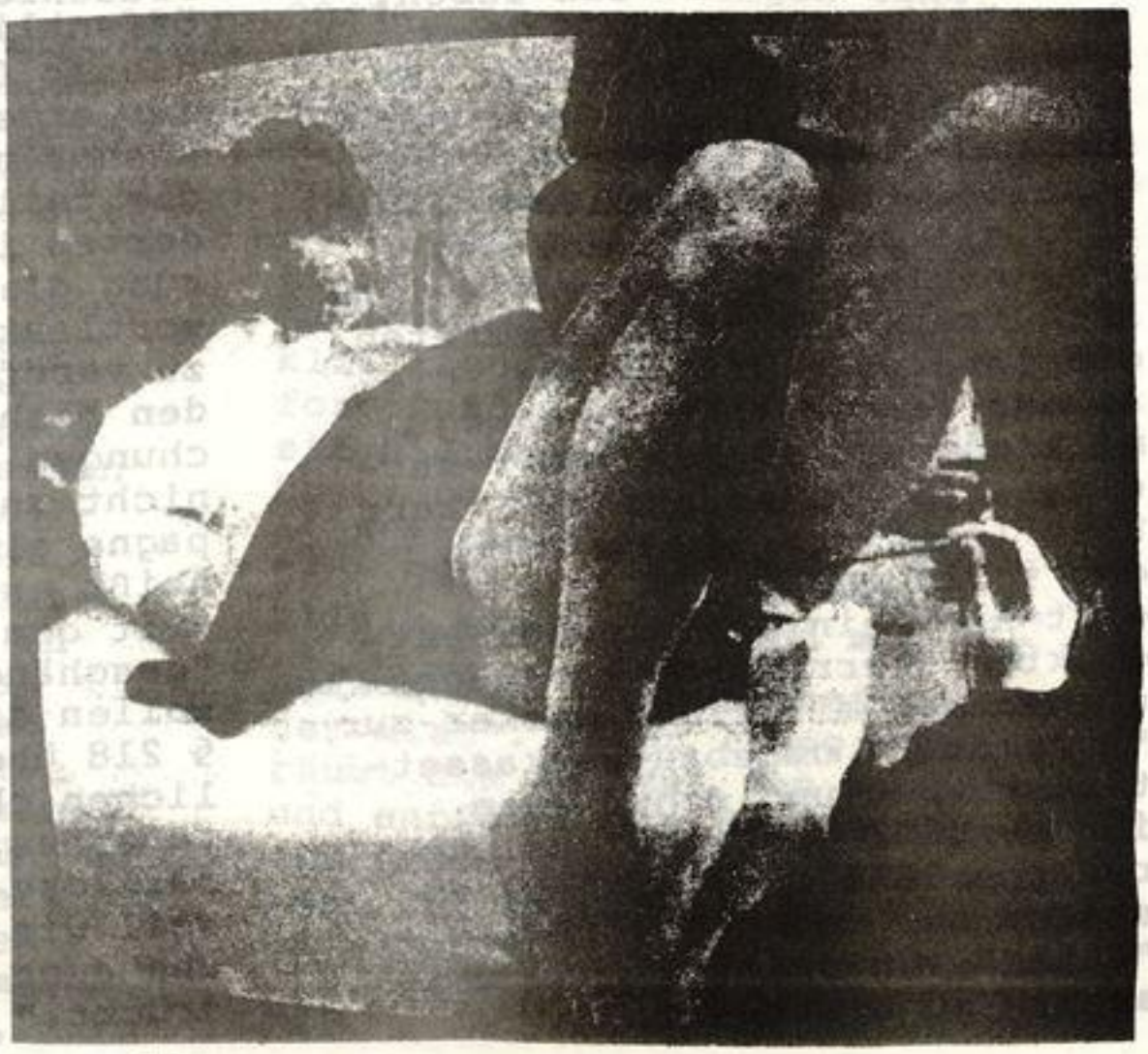
Der Entscheidung im Bundestag sind zahllose Aktionen von §218 Befürwortern und Gegnern voraus gegangen.In Berlin wurde eine Abtreibung fürs Fernsehen aufgenommen,die katholische Kirche hatte ebenfalls gefilmt:Horroraufnahmen von einem zerstückelten Embryo sollten alle Menschen von der Rechtmässigkeit des §218 überzeugen.Die meisten Aktionen waren jedoch weit weniger spektakulär,Flugblätter,Informationsveranstaltungen,vielleicht auch mal eine Demonstration,das waren die mittel,mit denen man die Entscheidung im Bundestag in letzer Minute doch noch zu seinen Gunsten beeinflussen wollte.Einige

den Bundesrat übersteht,so bleibt das Problem §218 nach wie vor aktuell,wäre es gut, wenn die Forderung nach endgültiger Streichung des §218 nun nicht einfach zu den Akten gelegt würde.Warum gibt es jetzt nach der Entscheidung im Parlament keine Infostände Keine Unterschriftensammlungen mehr? Wir meinen ,dass der §218 nichts an Aktualität eingebüsst und veröffentlichen deshalb jetzt,nachdem alles gelaufen ist,einige Meldungen zum 218.

Ein Szenenbild aus dem Film, den die katholische Kirche zeigt

wusst einen der seltenen
komplizierteren Fälle heraus-
greift,um Abtreibung insgesamt
anzugreifen,

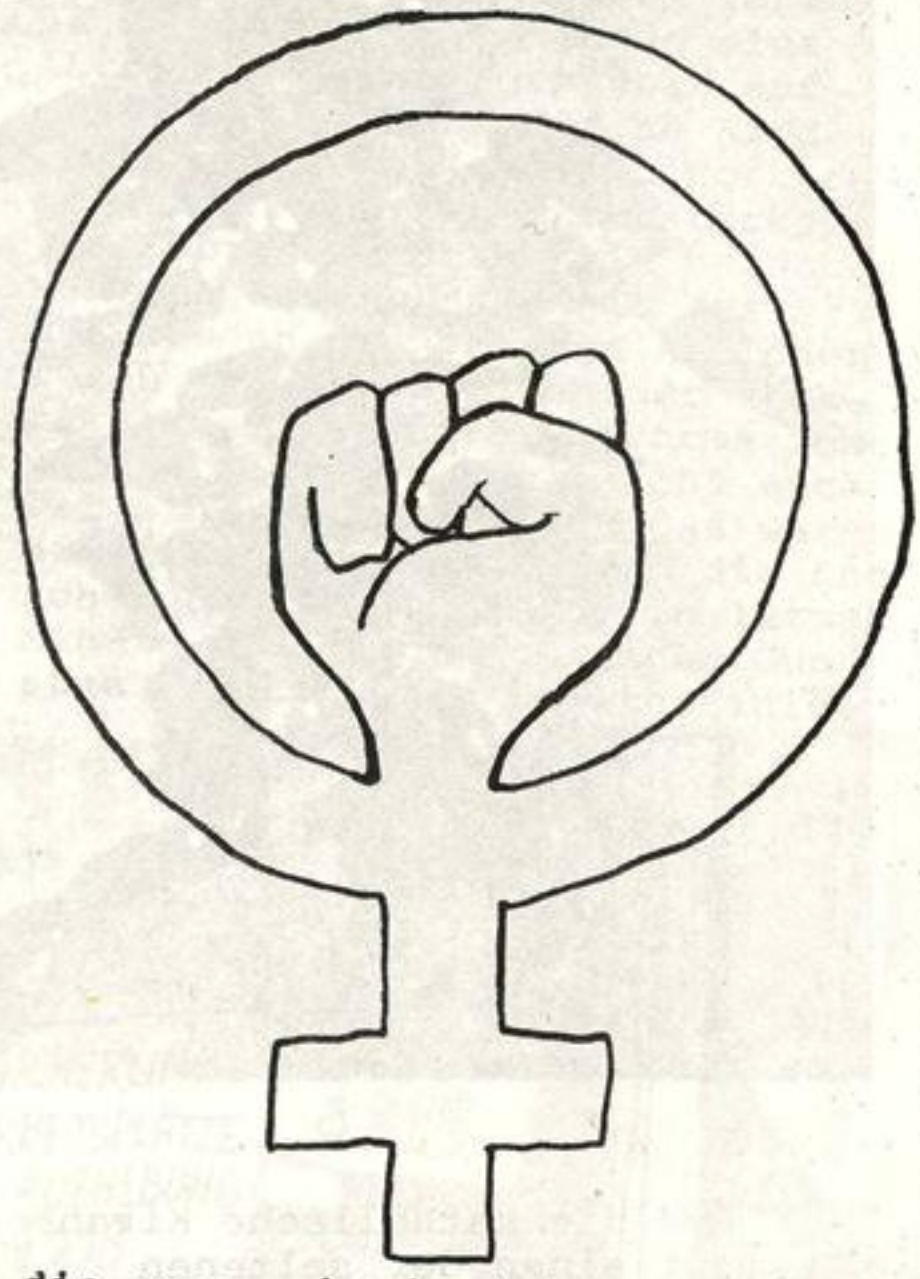
zeigt der Panorama Film, wie
es wirklich zugeht:
kein Blutbad sondern harmloser
Eingriff



AKTIONEN in MÜN CHEN

(ID)

16.4.74
mit einer malaktion und der "vollautomatischen" störung einer osterpredigt des münchner kardinals julius döpfner haben am ostersonntag unbekannte für die streichung des § 218 demonstriert. die gruppe hatte in der nacht zum sonntag die frauenkirche und weitere kirchen in der innenstadt sowie die residenz des bischofs mit anti - 218 - parolen versehen. während der predigt des als pro-218-exponent der katholischen kirche bekannten kardinals setzte sich automatisch ein tonband in gang, das die gruppe in einem beichtstuhl versteckt hatte.
wortlaut der tonband-resolution:
"hallo, hallo, hier spricht die unbefleckte jungfrau maria! der § 218 muß weg! ob kinder oder keine bestimmen wir, nicht die kirche und die ärzte! herr kardinal, sie maßen sich an, herr über leben und tod zu sein. für welches leben? ein leben, das täglich in der brd looo frauen kriminalisiert und ihr leben gefährdet? sind sie dafür, daß ungewollte kinder in fürsorgeheimen und gefängnissen enden? sind sie für ein leben, das arme erniedrigt, während reiche sich freikaufen? sie vertreten die interessen der ärzte, die an der illegalen abtreibung millionen verdienen. herr kardinal, sie maßen sich an, herr über leben und tod zu sein. der § 218 muß weg!"
erst nach einigen minuten entdeckten überraschte kirchenbesucher den mit einem wecker zur "automatik" umgebauten kassettenrekorder und schalteten ihn aus. die polizei stellte rekorder und band sicher, um anhand der tonband-stimme die "täter" von predigt- und malaktion zu ermitteln.



die presse kontentrierte sich an den folgenden tagen vor allem auf die malaktion. süddeutsche zeitung und abendzeitung sprachen offem von "kirchenschändung". das münchener frauenforum distanzierte sich öffentlich von "aktionen in dieser form"- die reaktion der anderen frauengruppen wurde bisher nicht veröffentlicht. die teilnehmer der aktion forderten in einer presseerklärung die zeitungen auf, den wortlaut des tonbandaufrufs zu veröffentlichen, "weil in den bisherigen veröffentlichungen nur auf die form und nicht auf den inhalt der kampagne eingegangen wurde" weiter heißt es in der erklärung:
"mit dem gejammer über die "geschändeten" kulturgüter wollen die befürworter des § 218 über dessen lebensfeindlichen charakter hinwegtäuschen. wir fordern die ersatzlose streichung des § 218 weil wir nichts fordern, was uns auch in zukunft unterdrückt."

in FRANKREICH

(LIB/ID)

Kampf für legale Abtreibung

28.3.74
mitte april wird in der nationalversammlung eine debatte stattfinden, in der für oder gegen die freigabe der abtreibung entschieden werden soll. die französischen frauen entfachen mit aufklärungskampagnen aktionen, selbstorganisierte abtreibungen, eine öffentliche diskussion. der ministerrat hat am 27.3. eine gesetzesvorlage gebilligt, die die abgabe von verhütungsmitteln ver-

PARIS

am gleichen tag kam ein bus, den die mlac besitzt, aus holland zurück nach paris, mit großen spruchbändern am bus: "holland ist für uns kein tourismus" und ja, wir kommen vom abtreiben". 4o frauen waren am mittwoch zu einer klinik in amsterdamm abgefahren. jetzt bei ihrer ankunft in paris, erklärten sie mit flugblättern und in diskussionen, warum sie zu der fahrt gezwungen waren. nach einer halben stunde greift die polizei ein, frauen werden zu boden geworfen, einige mit zur polizei geschleift. am folgenden mittwoch fuhr von neuem ein bus nach amsterdam. ein demonstrationsmarsch zur nationalversammlung am 6.april wird organisiert. währenddessen sammeln sich die gegner der abtreibung. die gruppe "laßt sie leben" hat junge faschisten zur unterstützung gerufen. in toulouse explodierten gaspatronen im büro der mlac, der regisseur des films "histoire dá" (geschichte der abtreibung) wurde verprügelt. die aufführung des films ist seit seinem erscheinen untersagt. trotzdem kommt es zu vorführungen, meistens in den universitäten, manchmal auch in den stadtteilen.

einfachen sol l. das neue gesetz sieht vor, das bisher obligatorische einschreiben in eine spezielle liste und vorzeigen eines gesundheitsausweises beim ankauf von verhütungsmitteln aufzuheben. rezeptpflichtig sollen alle verhütungsmittel weiterhin bleiben. außerdem sollen jugendliche, die sich verhütungsmittel besorgen wollen, ab 18 jahren verhütungsmittel erhalten, ohne die zustimmung der eltern vorweisen zu müssen, d.h., daß die altersgrenze um drei jahre von 21 auf 18 jahre gesenkt wird. das verbot jeglicher propaganda, die die geburtenziffer einschränken könnte und kommerzielle werbung für verhütungsmittel bleiben bestehen.

BESANCON

22.3.74
am 22.3. besetzten 2o männer und frauen der "bewegung für die freigabe der abtreibung und verhütungsmittel (mlac)" eine entbindungsanstalt in besancon. sie bringen eine 38jährige frau mit, mutter von 8 kindern, im 3.monat schwanger und fordern, daß sofort eine abtreibung an ihr vorgenommen wird. der chefarzt weigert sich, den eingriff vorzunehmen. die besetzer beschließen, in der klinik zu bleiben bis ihre forderung durchgesetzt ist, sie bleiben die ganze nacht über. am morgen lassen sie sich kaffee bringen und hängen über den eingang der klinik ein spruchband mit der aufschrift "bereitschaftsdienst der mlac". gegen 11.oo Uhr räumt die polizei den warteraum und entführt die demonstranten zur feststellung der personalien ins polizeirevier.

und in

HANNOVER

Der vorliegende Text sollte ursprünglich auf der Kundgebung gegen den § 218 am 19.4.74 verlesen werden.Bekannterweise ist dies nicht geschehen.Dies ist nicht nur deshalb bedauerlich, weil somit das bürgerliche Presse monopol an Information bewahrt blieb,sondern auch,weil linke Organisationen,wie KBW und SDS,mit ihrer Gemeinschaftsküche "Aktions komitee"die sogenannte Legalität und Respektabilität(wessen wohl?) wiedermal zur politischen Strategie erhoben.Wir bitten nun euch, diese Rede zu veröffentlichen.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag dieser Woche verübte das Komitee 2 zur Unterstützung der RAF ein Brandattentat auf das Haus der Staatsanwältin Ingrid Socher.Die Verantwortlichen bei Polizei und Presse haben diesen Anschlag bisher verschwiegen. Frau Socher ist jene Staatsvertreterin,die in dem Prozess gegen den Arzt Lüllemann im Februar dieses Jahres 2 Jahre Gefängnis beantragte,weil er gegen ein Entgeld von 8oDM oder weniger Frauen bei der Abtreibung half.Manche von uns mögen sich damals gefragt haben,warum denn solch ein Strafmass warum überhaupt solch ein Prozess, steht die Reform des Abtreibungsparagraphen doch kurz bevor?Weiter mag man fragen,was denn dieser Arzt und die Abtreibenden Frauen schon besonderes getan haben:Sie haben sich einen Dreck gekümmert um Mutterschaftsideologie und dem Gerede vom natürlichen Wesen der Frau und sie haben einen Paragraphen,den Juristischen Ausfluss eines frauenfeindlichen Gesellschaftssystems,bewusst missachtet.Die Abtreibenden und ihr Arzt Lüllemann haben sich die Vernunft nicht von einem Paragraphen vorschreiben lassen,sie haben sich ihre Vernunft,in diesem Falle das Recht auf Abtreibung, GENOMMEN ! Und das ist allerdings kriminell.

Typen,wie Staatsanwältin Socher, Justizminister Jahn,Döpfner,Springer und diese ganze Clique bringen das auf die kernige Formel:"Was Recht ist muss auch Recht bleiben", einhergehend mit der Forderung,dass "der Staat mehr Flagge zeigen müsse" Die Herrschenden nennen das Legalitätsprinzip und sie meinen damit, dass die Schwachen,die Unterdrückten, hier die Frauen als die Hälfte der Bevölkerung kein Widerstandsrecht besässen.Dass es nicht legitim sei, gegen ein Frauen-bzw. Menschenfeindliches System sich,wenn auch nur unorganisiert,aufzulehnen.(Organisierte Auflehnung heisst übrigens im Jargon der Herrschenden Kriminelle Vereinigung)
Der Prozess Lülleman diente dazu,unser aller Widerstandsrecht um ein neues zu diffamieren und zu bekämpfen und solange diese Leute vom Schlage Jahn,Brandt oder Strauss die politische Macht innehaben bzw. wir ihnen diese Macht lassen werden sie auch weiterhin Menschen fertigzumachen versuchen,welche dieses Widerstandsrecht gegen ein unmenschliches System beanspruchen. Die Staatsanwaltin Socher als Handlangerin eben dieses Systems hat ihre Warnung erhalten.

19.4.74
KOMITEE 2 zur Unterstützung
der RAF

Im Hinblick auf gewisse Pressegesetze möchten wir darauf hinweisen,dass dieser Artikel nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben muss.Übelwollende Menschen könnten den Abdruck von RAF Meldungen als Vorwand benutzen um gegen diese Zeitung juristisch vorzugehen,dem möchten wir vorbeugen .

Red. NF

SPANIEN

BAYONNE (PTS/ID)

Hungerstreik bis zum Tode von baskischen politischen Flüchtlingen in Frankreich

16.3.74
43 spanische baskenflüchtlinge begannen am 15.2. einen hungerstreik um gegen die zwangsverlegung, die das französische innenministerium gegen sie ausgesprochen hatte, zu protestieren.
nach 26 tagen ohne nahrung, nur wasser, wurden 15 von ihnen in sehr ernsthaftem zustand ins krankenhaus eingewiesen. sie verweigerten heftigst jegliche medizinische hilfe und es scheint, als ob sie ihren streik bis zu ihrem tod fortführen wollen, wenn ihre forderungen nicht erfüllt werden.
dieser kollektive hungerstreik -in anbetracht menschlichen widerstandes- geht weit über alle ähnlichen streiks, von denen bisher berichtet wurde, hinaus.
der hungerstreik begann in der südfranzösischen stadt bayonne, als die französische regierung den beschluß fasste, eine reihe spanischer baskenflüchtlinge von südfrankreich (nahe dem französischen teil des baskenlandes) nach nordfrankreich zwangszuverlegen. die dafür angegebenen gründe waren, dem innenministerium zufolge, daß die baskischen flüchtlinge im widerspruch zum französischen gesetz in politische aktivitäten gegen die spanische regierung verwickelt waren.
ärzte im krankenhaus von bayonne, in das man die streikenden gebracht hatte, erklärten, daß es "keine medizinische lösung des problems gäbe."

MADRID (ID/IPS)

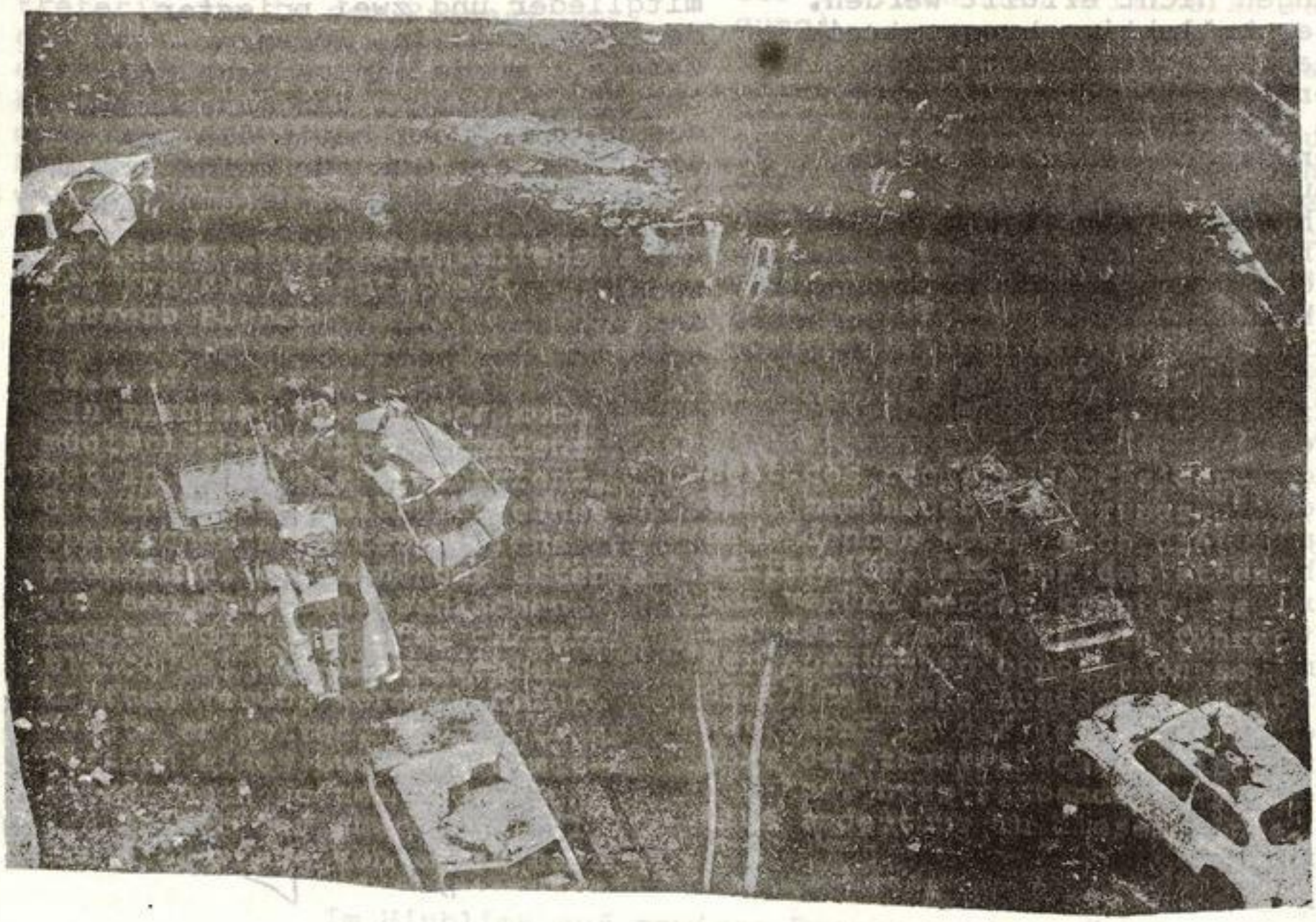
Baskische Arbeiter Freigesprochen

19.4.74
ein madrider gerichtshof sprach zehn baskische arbeiter frei, die wegen zusammenrottung und druck auf arbeitskollegen bei einer arbeitsauseinandersetzung angeklagt waren.
die zehn, unter ihnen eine frau, gehörten einem komitee an, das von den arbeitern einer fabrik in eibar gewählt worden war, nachdem die firma ende 1971 nahezu 2oo arbeitern gekündigt hatte. als sich die auseinandersetzung wegen der kündigungen in die länge zog, entführte die baskische unabhängigkeitsorganisation eta einen direktor der firma. die polizei verhaftete daraufhin die zehn komiteemitglieder und zwei priester.
der industrielle, lorenzo zabala, wurde einige tage später freigelassen. das management des unternehmens hatte die bedingungen der eta für seine freilassung angenommen, wie die wiedereinstellung der gekündigten arbeiter und lohnerhöhungen.
zusätzlich zu den forderungen der eta stellten die streikenden arbeiter des betriebes noch eine forderung, nämlich die freilassung der zehn inhaftierten komiteemitglieder und der beiden priester. auch dieser forderung wurde entsprochen, doch wurden die freigelassenen später wieder verhaftet und jetzt vor gericht gestellt.

KASSEL (ID)

Erklärung einer ZK-Mitglieds
der KPS zum Attentat auf
Carrero Blanco

14.4.74
ein mitglied des zk der kommunistischen partei spaniens hat in einer pressekonferenz, die in kassel anläßlich eines spanischen arbeitertreffens stattfand, erklärt:"das attentat auf den früheren spanischen regierungspräsidenten carrero blanco sei von ultrarechten kräften verübt worden. dafür "sagte er weiter, "spricht der versuch eines putsches unmittelbar nach seinem tod durch den leiter der guardia civil, die erneuerung von arias navarro, in der zeit des attentats innenminister und als solcher verantwortlich für die sicherheit des regierungspräsidenten, zum neuen regierungspräsidenten sowie auch die perfektion, mit der das attentat verübt werden konnte. es ist das 1. maL, daß ein führer der spanischen opposition so deutlich diese aussage gemacht hat, aber in der letzten ausgabe der theoretischen zeitung der kps "nuestra bandera" stand eine andeutung in diesem sinne.



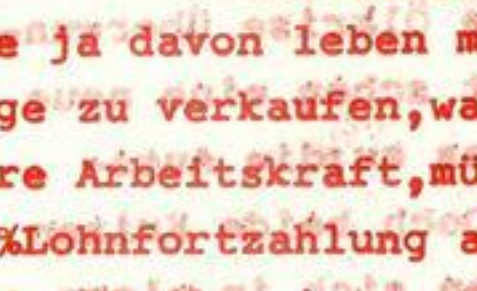
Kurzarbeit bei VW

Kurzarbeit bei VW und Opel, Feierschichten bei Conti, Entscheidung des Bundeskartellamtes gegen BP aufgehoben, VW erhöht zum zweitenmal in diesem Jahr Preise um 6%, Absatzkrise in der Automobilindustrie....

Kaum ist die Ölkrise überwunden, da kommt schon eine neue Krise auf uns zu: die Automobilkrise. Doch beide Krisen unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt, während die Ölkrise durch eine künstliche Verknappung des Marktes entstand, die Ölgesellschaften hatten das Öl einfach zurückgehalten, um die Preise in die Höhe zu treiben, entsteht die Automobilkrise durch einen Rückgang der Nachfrage, es werden mehr Autos produziert, als gekauft werden. Nun das passiert in einer freien Marktwirtschaft eigentlich häufiger, ohne dass es gleich zu einer Krise kommt. Doch als weiterer Punkt kommt hinzu, dass es die Industriestaaten in einzigartiger Weise geschafft haben, sich vom Auto abhängig zu machen. Vergleichbar dem, was man bei Entwicklungsländern Monokultur nennt, ist die gesamte Wirtschaft abhängig von dem einen Produkt: Auto.

Klar, dass das irgendwann schiefgehen muss, spätestens dann, wenn der Markt gesättigt ist. Doch statt rechtzeitig auf andere Produkte auszuweichen, hat man fleissig weiterproduziert, um nicht der Konkurrenz das Feld zu überlassen. Die Krise des Automobils ist keine vorübergehende, sie ist endgültig. So wie vor langer Zeit das Pferd dem Wagen weichen musste, so ist jetzt der Individualverkehr in eine Sackgasse geraten. Das Auto kann sein versprechen schnelles und bequemes Transportmittel zu sein nicht mehr einlösen, weil die Strassen mit Autos vollgestopft sind.
Die eigentliche Krise die nun zur Zeit Schlagzeilen macht, entsteht dadurch, dass es dem Kapitalismus nicht möglich ist diesen umständen Rechnung zu tragen. es ist ihm allerdings gelungen die in den letzten Jahren immer stärker werdende Sättigung des Marktes solange wie möglich hinauszuschieben. Es dürfte bekannt sein, dass die Lebensdauer von Autos so gering wie möglich gehalten wird, obwohl für gleichen Herstellungspreis Autos mit einigen Jahrzehnten Lebensdauer möglich wären. Es werden sogar sollbruchstellen eingebaut. Auch jetzt, wo die Krise da ist, kämpft man um jedes Prozent Marktanteil, so ist es gerade noch einmal gelungen eine Geschwindig-

keitsbegrenzung und damit ein sinken der Unfallzahlen zu verhindern.
Trotz dieser Tricks durch grösstmöglichen Verschleiss ständig neuen Absatz zu garantieren,hat der Markt jetzt einen gewissen Sättigungsgrad erreicht.Dies zeigt sich im Augenblick erst einmal bei VW, weil hier noch der starke Konkurrenz druck hinzukommt.Wer ein billiges Auto braucht,kauft eher andere Wagen und dem Werbungstrend für grössere,schnellere,schönere Modelle steht das Image von VW auch etwas hilflos gegenüber.
nur die Produktion des Passat wurde nicht eingeschränkt.
Dazu kommt eine gewisse Nach-uns-die-Sintflut Politik,so wurde noch vor einigen Monaten für die Produktion von VW-Bussen im Werk Stöcken ein drittes Band installiert,das nie mehr als zu 5o% ausgelastet war.
In Zahlen sieht das bei VW so aus: Absatz gegenüber dem Vorjahr um 18% zurückgegangen,im Ausland noch mehr,45oooo VW auf Halde, normal wäre 25oooo,der VW Vorstandsvorsitzende Leiding spricht von einer katastrophalen Kostenexplosion,die auch durch Preiserhöhungen nicht aufgefangen werden könne.Ergebnis:zweimal Preiserhöhungen um 6% in diesem Jahr, mehrfach kurzarbeit,im Februar, ende April,ende Mai und danach wird sicher nicht schluss sein. Ein Termin nach Pfingsten ist bereits im Gespräch.
In der Zeitung konnte man lesen, die Dividende für VW Aktionäre soll geringer sein,als im Vorjahr,doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen,dass auch diese Krise wie üblich zu lasten der Arbeiter geht.Wer hat schon mal gehört,dass Manager oder Grossaktionäre kurzarbeiten müssten?Die VW Arbeiter,für die jede Krise existenzbedrohend ist,da sie ja davon leben müssen das ein zige zu verkaufen,was sie haben, ihre Arbeitskraft,müssen sich mit 65%Lohnfortzahlung abfinden.
Und all dies ist erst der Anfang, es ist abzusehen,dass weitere Preiserhöhungen,noch mehr Kurzarbeit,Entlassungen in der gesamten Automobilindustrie kommen werden,VW ist ja nur im Augenblick die Spitze des Eisberges,die Krise selbst beschäftigt die Autoindustie schon seit längerem.

ZUR AUTOMOBILKRISE
SCHWARZE

PROTOKOLLE 8
LORDSTOWN
PRODUKTIVE SABOTAGE

Es hat nicht an Bemühungen gefehlt aus der Krise wieder herauszukommen,die Automobilkonzerne versuchten durch rationellere Produktionsformen konkurrenzfähiger zu werden.Das konnte natürlich nichts am Problem ändern. So verdient ein Vorschlag des FIAT Chefs besondere Beachtung: Der Staat solle für die Automobilindustrie Absatzgarantien übernehmen(ähnlich wie in der Landwirtschaft).Die Produktion bräuchte auch bei zurückgehendem Absatz nicht eingeschränkt werden

Der Unternehmer hätte seinen Profit,der Arbeiter Vollbeschäftigungsgarantie,die Überproduktion würde man auf Kosten des Steuerzahlers vernichten.Das hiesse z.B. das man die 2ooooo Wagen,die jetzt bei VW zuviel auf Halde liegen verschrotten würde.Auch wenn sich das im Augenblick noch so absurd anhört,dies mag in einigen Jahren Realität sein,der Kapitalismus hat schon schlimmeres vollbracht.

noch einmal:

Kurzarbeit

ZUR LAGE BEI OPEL - BOCHUM

produktivitätssteigerungen
forcierung der arbeitshetze

18.mai

kurz ein paar zahlen zum produktionstempo, das nach wie vor sehr hoch ist: fast 600 wagen pro schicht. das kennzeichnet die lage im bochumer werk 1. in werk 2, wo die chassis gebaut werden: 890 motoren pro schicht. früher waren es ca. 780 - 800. 900 nockenwellen. das waren früher 800. angestrebt werden jetzt 1000 achsen pro schicht. das waren früher ca. 850 - 900.

die geschäftsleitung argumentiert: wir haben ja soviele leute. es sind nicht so viele krank. das ist jedoch irreführend. denn der belegschaftsstand ist in bochum seit oktober um über 1000 mann gesenkt worden (etwa 1200 mann). und in rüsselsheim ist der belegschaftsstand in den letzten 6 monaten um 12 % zurückgegangen. von 36.000 auf 32.000 beschäftigte.

kriterien bei den momentanen entlassungen

(a) fehlzeiten: in rüsselsheim, bochum und kaiserslautern werden monatlich 49 mann entlassen. angestellte sind auch betroffen in allen werken. die kriterien sind: zu viele fehlzeiten. angeführt werden die krankheitszeiten, die man seit 1972 hatte.

(b) fortschrittliches verhalten, aktives wahrnehmen der interessen der kollegen im betrieb: im rahmen der vorgenommenen entlassungen, die als solche der stabilisierung der profite dienen, werden in letzter zeit immer mehr fortschriftliche kollegen entlassen.

im vergangenen jahr waren bereits der betriebsrat rudi wischnewski und der ersatzbetriebsrat andres lara entlassen worden.

nach dem streik im august 1973 entließ man den igm-vertrauensmann joachim schönstedt, den igm-vertrauensmann georg kanschik, den marokkaner benaissa, zwei spanische arbeiter, sowie walter krawutschke, igm-mitglied. wenig später wurde ein jugoslawischer kollege, der beim arbeitsgerichtsprozeß für krawutschke ausgesagt hatte, entlassen. diese taktik setzt die geschäftsleitung jetzt fort. sie schiebt zum teil fehlzeiten vor.

so wurde im mai der kollege felix sanchez, seit 4 jahren bei opel vertrauensmann, entlassen mit der begründung: zuviel gefehlt (siehe id nr. 34). ebenfalls im mai 74 wurde abdul kheder, sprecher aller ausländischen kollegen in der vertrauenskörperleitung, entlassen. begründung: in zwei-jähriger werksangehörigkeit etwa 8 mal krank (speziell galle, leber, 1 unfall im werk) und 2 mal "u.a." (davon 1 umzugstag zu spät belegt). weiter: jochen beier, kandidat als vertrauensmann, gekündigt. begründung: gegen den betriebsfrieden verstoßen. er habe u.a. trotz aufforderung vom meister eine diskussion mit kollegen nicht beendet, weil vertrauensleute-wahl war und er kandidat war.... außerdem wirft ihm die geschäftsleitung gewerkschaftskritik in kiel (vor seiner opel-zeit) vor...

in rüsselsheim ist ein fortschrittlicher spd-kollege, angestelltenvertrauensmann, gekündigt worden, es wurden zu viele fehlzeiten als kündigungsgrund angegeben. der betriebsrat hat auch hier keinen einspruch eingelegt, das entspricht seinem generellen verhalten angesichts dieser entlassungen. er wurde jedoch blamiert, weil die geschäftsleitung die kündigung zurücknehmen mußte: die fehlzeiten waren darauf zurückzuführen, daß der mann in nauheim stadtrat war und dadurch tarifvertraglich das recht hat, ab und zu ein paar tage zu fehlen. wichtig ist, daß die gewerkschaftsvertreter gar nicht erst versuchen, rechtsgründe gegen die entlassungen zu prüfen oder irgendetwas der entlassungspolitik der geschäftsleitung gegenüberzustellen.

die gewerkschaftsvertreter schützen die maßnahmen der unternehmer, nennen das legal, was da vorgeht. sagen immer, man kann nichts dagegen tun. die belegschaft ist praktisch ohne vertretung. bei opel in der brd sind über 30.000 leute in der ig-metall. das höchste, was die vertreter machen, ist einem älteren kollegen vielleicht vom sozialplan her mal 1000 mark mehr zu verschaffen, um diese maßnahme ein bißchen zu versüßen. der ganze kurs ist problematisch und spielt der geschäftsleitung in die hände: die belegschaft wird gespalten. "zuerst die doppelverdiener" entlassen, solche argumente kommen von der gewerkschaft.
eine alternative wird nicht aufgezeigt.

krankenstand, "disposibilität" der arbeitskräfte, disziplinierung

der krankenstand ist in bochum und rüsselsheim nach wie vor unglaublich niedrig. er ist in rüsselsheim um 50 % gesunken.

in bochum sind in den vergangenen 8 wochen 300 kollegen von werk 1 nach werk 2 (also an einen ca. 10 km vom alten arbeitsplatz entfernten arbeitsplatz) versetzt worden. total unvorbereitet. da kommt eine halbe stunde vor schichtende der vorgesetzte: "sie kommen ab montag nach werk 2." das schafft eine unwahrscheinliche angst um den arbeitsplatz. von rüsselsheim wird berichtet, daß schon 2000 mann verschoben worden sind innerhalb des werkes. das ist grundsätzlich nicht so ungewöhnlich, aber in zeiten der hochkonjunktur kommt eine anfrage ans schwarze brett, es wird nach freiwilligen gesucht. jetzt werden die arbeiter wie vieh verschoben. es werden überraschend nachtschichten eingelegt (z.b. im achsenbau, bochum). drei schichten statt zwei und um so mehr kurzarbeit.

kurzarbeit

vierzehn tage kurzarbeit ist vorgesehen vom 1. bis 17. juni. in diesen zeitraum fallen sieben schichten. die kurzarbeit betrifft die werke bochum, rüsselsheim, kaiserslautern und antwerpen. und die firmahat schon wieder angekündigt: ende september werden wohl wieder zwei wochen kurzarbeit unumgänglich sein. von mitte juni bis mitte september soll keine kurzarbeit angesetzt werden, wegen gesetzlicher fristen nach dem arbeitsförderungsgesetz. in diese zeit fallen sowieso die werksferien. die ausländischen arbeiter werden gefragt, ob der urlaub nicht sowieso zu kurz wär und man legt ihnen nah, zusätzlich unbezahlten urlaub zu nehmen. aber diese aufforderung "fahrt nach hause und erholt euch gut bei mutter" ist unglaublich zynisch. in der phase der hochkonjunktur erinnert sie niemand daran, daß sie doch mehr ferien brauchen.

keine arbeitsverträge für lehrlinge

in rüsselsheim werden zum ersten mal ausgebildete lehrlinge nicht in ein arbeitsverhältnis übernommen. von 50 kaufmännischen lehrlingen blieben 12 ohne vertrag.

"sozial"plan: ältere angestellte abbauen

es gibt einen teilbereich des sozialplans, der wohl verwirklicht werden soll. angestellten über 63 soll die rente nahegelegt werden mit urlaubsgeld, weihnachtsgeld usw. die kriegen dann ein paar tausend mark und haben trotzdem verluste. in bochum gibt es diese älteren angestellten nicht, weil das werk noch verhältnismäßig neu ist. da ist eventuell versetzung jüngerer angestellter nach rüsselsheim möglich. das wird bei den angestellten auch große besorgnis auslösen.

kommen massenentlassungen?

in der letzten gesamtbetriebsratssitzung hat die geschäftsleitung dem gesamtbetriebsrat der werke in deutschland mitgeteilt, daß der us-export 1974 stark eingeschränkt worden ist. ebenso werden exportschwierigkeiten im fall italien angeführt und jetzt neuerdings auch für dänemark, durch importeinschränkungen dieser länder. die geschäftsleitung drückt sich so aus, daß "die belegschaft im moment nicht ausgelastet" ist.

solche formulierungen werden auch von vielen betriebsräten übernommen. aber massenentlassungen seien nicht geplant. höchstens 49 im monat sollen entlassen werden. (erst entlassungen ab 50 sind genehmigungspflichtig). es gehen noch andere zahlen im betrieb herum. z.b. 6,5 % angestellte wären zuviel. und: einschließlich antwerpen 10.000 arbeiter bei opel zuviel. auf antwerpen würden 3.500 fallen, demnach sind das für die bundesrepublik 6.500. dies ist eine zahl, die von der geschäftsleitung kommt. diese zahl entspricht ungefähr den entlassungsmaßnahmen während der krise 1966/67. damals waren es knapp 6.000. aber man wolle dieses zuviel an arbeitern durch kurzarbeit auffangen.

am mittwoch , 15. mai, hat lorenz, aufsichtsratmitglied, betriebsratsvorsitzender von rüsselsheim, vor vertrauensleuten gesagt, es sei eine illusion zu glauben, daß es jetzt noch ohne massenentlassungen abginge. er machte noch bemerkungen, daß man mit hilfe des sozialplans besondere soziale schwierigkeiten verhindern wolle. als die frage kam: "was passiert mit den vielen ausländern?" (frage eines deutschen kollegen), kam die antwort, die damals in der Metall nr. 2 schon gegeben wurde, bei ausländern könne man nur einer entlassung zustimmen, wenn sie sozial gerechtfertig (!) sei. auf diesen kurs lassen die verantwortlichen in der gewerkschaft sich ein und nennen das "einheit".

opel-solidaritätskomitee c/o büro für betriebsfragen ,463 bochum, lennershofstr 66, baracke VIII, tel:70 14 65

Fresse - Streit

Wie einige von euch vieleicht schon wissen, findet in der Linken Beweguhg Hannovers zur Zeit eine Art Kleinkrieg statt. Es hahdelt sich um die Auseinandersetzung um die NEHE HANNOVERSCHE FRESSE. Diese an sich rein politische Auseinandersetzung wird leider mit recht unpolitischen Mitteln geführt. Wir glauben daher, daß es notwendig ist, hier einmak die eigentlichen Hintergründe aufzudekken. Dazu zunächst einmal Historischees: Nachdem die 883 in Hannover eingegangen war, entstand im Sommer 1973 eine neue Zeitung, Die HANNOVERSCHE FRESSSE, die für die Linke Hannovers nun ihr Organ darstellte, das über ihre Arbeit, und das Geschehen in der Welt informierte. Sie bot uns vielfach die einzige Möglichkeit an eine breitere Öffentlichkeit heranzutreten. Für die ohnehin recht schwache Linke in Hannover bot sie die Chance, ihre schmale Basis zu verbreitern, und eine eigenständige Kraft gegenüber Staat und Kapital auf der einen, und Parteikommunisten auf der anderen Seite zu werden. Seit Dezember arbeiteten auch 2 Anarchisten an der HF mit, die Artikel unter dem Namen APH (Anarcho Presse Hannover) veröffentlichten und den Bereich Finanzen Und Vertrieb in der praktischen Arbeit übernahmen. Insgesamt erwies sich die Zusammenarbeit durchaus als positiv. Die Zahl der verkauften Zeitungen stig beispielsweise fast auf das doppelte. Trotzdem kam es bald zu Spannungen, über die im einzelnen hier zu berichten nivht unsere Aufgabe sein soll. Nur der letzte Anlaß für die folgende Spaltung soll hier erwähnt werden. In der Nr. 7 wurde in einem Nachsatz zu der Serie über den spanischen Bürgerkrieg ein Aufruf zu einem Svhulungskreis mit dem Thema "Was ist eigentlich Anarcje" veräffentlicht. Die passte jedoch nicht in die Politik der anderen Redaktionsmitglieder. Sie gehören zu einer kleinen Flippergruppe, die zusammen mit der von der Stadt bezahlten Sozialarbeitermafia im UJZ-Kornstr. gezielte Machtpolitik betreiben. Zu dem Z Zeitpunkt waren diese Leute gerade dabei wichtige Schlüsselpositionen im Jugendzentrum zu unterwandern. Der nächste Schritt sollte der Griff nach der Zeitung werden. Jedenfalls waren wohl Aktionen unwillkommen, die nicht ausschließlich den Problemkreis dieses Grüppchens zum Inhalt hatten und irgendein Anlaß mußte ja sowieso gefunden werden, um die Hf an sich zu reißen. Ohne die Angelegenheit im Kollektiv zu besprechen, führten sie eine schwachsinnige Aktin durch: der Aufruf zum Schulungskreis wurde aus 17o Zeitungen herausgeschnitten. Später holten sie aus ihrem Zirkel einen dritten Typen zurück, der sich vorher selbst suspendiert hatte, und hatten nun eine Mehrheit, um die beiden Anarchisten "auszuschließen". Dadurch glsubten sie endgültig freie Bahn zu haben, um aus der HF ein JZ-Blättchen zu machen, in dem nun ihre Problemchen diskutiert werden. Wie die Nr. 9 der HF zeigt, ist dieser Plan auch verwirklicht worden. Doch ganz so Reibungslos verlief das nicht.

Die Anarchistische Fraktion gründete nun mit einigen anderen eine Zeitung mit Titel Neue HANNOVERSCHE FRESSE, die das Konzept der alten Fresse fortsetzt. Man stelle sich das vor! Eine Zeitung, die über die wirkliche Linke in hannover informiert und nicht jenes Flippergrüppchen als Mittelpunkt der Welt dargestellt wird, sondern in der sie als Handlanger des Kapitals entlarvt wurden (übrigens hat sich Herr Beste erst kürzlich für "seine" sozialarbeiter bei der Stadt starkgenacht und auch die reaktionäre HAZ wüßte: Kornstraße jetzt frei von Chaoten). Eine solche Zeitung muß jedenfalls im Interesse der eigenen Politik wieder verschwinden. Der Name HF diente dazu als Vorwand. Man scheute sich nicht, einen unhaltbaren Alleinvertretungsanspruch auf den Namen Fresse zu erheben, zusätzlich brauchte man noch die falsche Behauptung, die HF die wäre immer ein Organ der Kornstr. gewesen (in wirklichkeit wurde sie lediglich dort gedruckt), um die eigenen Handlungen im Namen des Ujz als legitimmiert zu betrachten. Jetzt konnten sie Kornstraßenpolizei spielen, die in Sachen "fresse für "Recht und Ordnung" sorgte. sie überfielen die NHF in 2 Büros, schlugen ein Redaktionsmitglid zusammen und "beschlagnahmten" 1ooo Zeitungen nebst Originalen und Druckplatten. Gesamtwert: 158o DM. Die Reaktion der NHF erschien

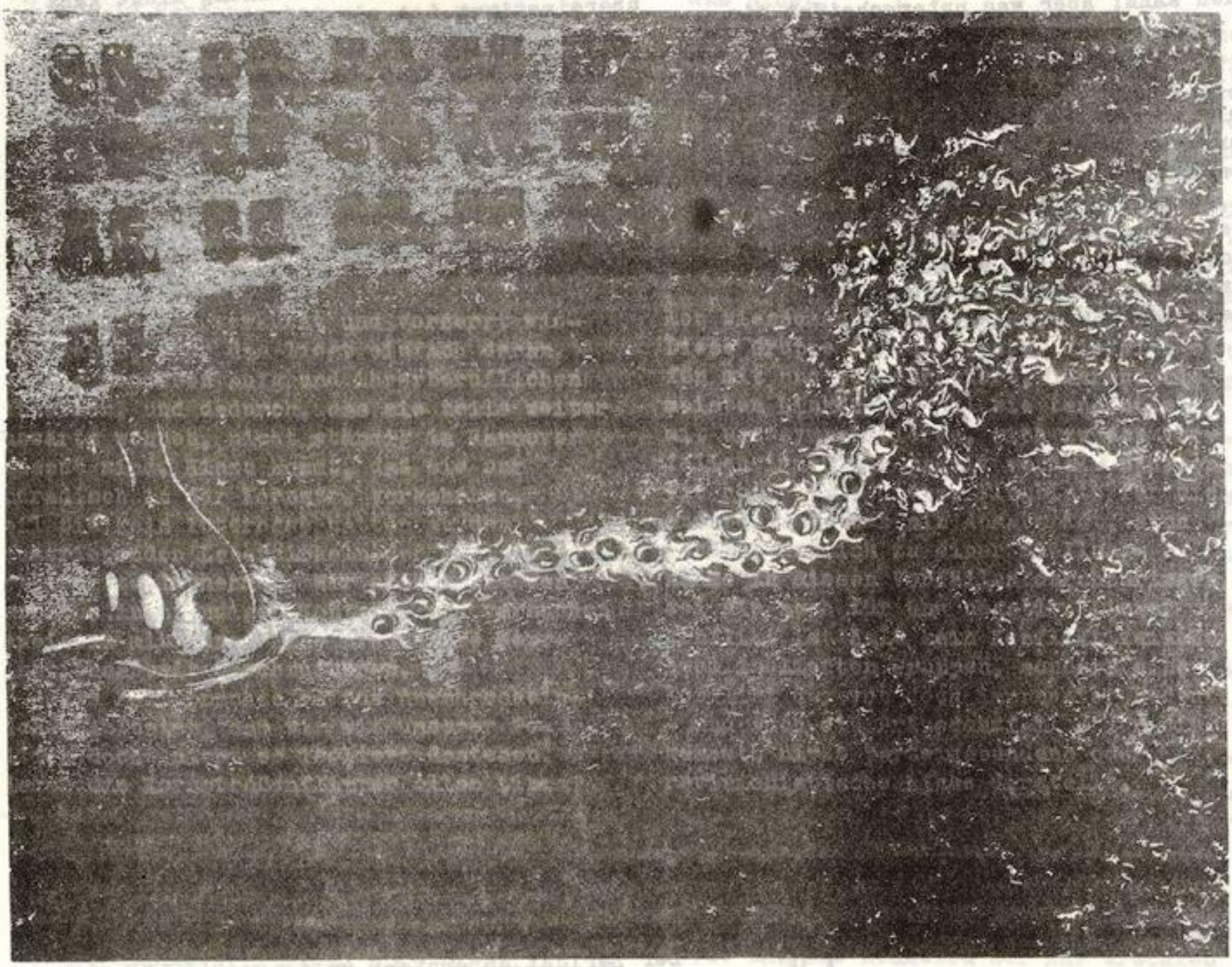
uns zunächst etwas peinlich, denn sie e-
erstatteten Anzeige. Doch nachdem wir
uns näher informierten, erscheint uns
diese Maßnahme nunmehr für gerechtfertigt.
Einmal kann den Leuten - obwohl sie ange-
blich vor Berufsverboten zittern - nichts
passieren, da sie lediglich zu behaupten
brauchen, sie hätten die Zeitungen frei-
willig erhalten. Zweitens war die Anzeige
aus finanziellen Erwägungen nötwendig,
da die Leute bereits bei ihrer Aktion
erklärten, sie würden keine Entschädigung
leisten, und man nun hoffte Geld von der
Versicherung zu bekommen. Dies ist, wenn
kein weitere Schaden entsteht, durchaus
legitim. Drittems und prinzipiell ist
zum Thema Anzeige auch entscheidend ge-
gen wen Anzeige erstattet wird. Wenn man
beispielsweise auf der Straße von Bullen
zusammengeschlagen wird, läuft man doch
wohl nicht mit der Schrotflinte hinterher,
sondern zeigt sie erstmal an. Nun nennen
sich diese Flipper zwar Linke, weil das
heute mehr soziales Prestige einbringt,
mit dem man Minderwertigkeitskomplexe üb-
erwinden kann; aber was unterscheidet sie
sonst noch von den Bullen? Abgesehen von
ihren Aktionen, die ja sowieso auf fehlen-
de politische Argumentativkraft schließen
lassen: in der Anzeige wurde ein Typ nur
mit Vornamen erwähnt. Nachdem zwei andeer
aus dem Rollkommando Vorladungen erhalten
hatten, tauchten Genschers Politrocker
auch bei einem Genossen auf der den glei-
chen Vornamen hat. Der veratene Genosse
hat Bewährung. Es handelt sich um einen
gemeinen, säuischen Verrat, der obendrein
nur propagandistischen Zwecken diente.
Denn es macht sich für diese "Genossen"
natürlich gut, wenn sie erzählen können,
durch die ANzeige der NHF sei die Bewäh-
rung eines Genossen gefährdet. Und diese
größenwahnsinnigen Denunziantenschweine
dürfen sich auch noch ungestraft "fort-
schrittliche Sozialarbeiter" und "aktiv-
ste Genossen im UJZ-Nordstadt" nennen.
Fast ist man versucht zu sagen:Schlagt
sie, wo ihr sie trefft! Da es ihnen wie
gesagt gelungen ist, im UJZ-Kornstr. wi-
chtige Positionen zu unterwandern, miß-
brauchen sie den guten Ruf und Namen der
Kornstr., um ihre dreckigen Machenschaf-
ten zu decken.Auch darum ist dies eine
Sache die uns Alle angeht, die Solidari-
tät von uns allen fordert. SOLIDARITÄT
MIT DER NHF! ganz gleich, wie man sonst
zu Anarchisten stehen sollte.

ps: DIe Nhf hat uns darauf hingewiesen,
daß sie mit unserer Darstellung nicht ganz
übereinstimmt.(da soll niemand zusammen-
geschlagen worden sein, was wir aber nicht
glauben,, wir haben die Genossen von der
NHF gesehen, und sie waren ziemlich übel
zugerichtet, von jemanden, der wohl mehr
mit der Faust spricht als mit dem Mund.
War waren daraufhin so empört, daß wir
am liebsten den Verantwortlichen zur Rech-
enschaft gezogen hätten). Die Zeitung
soll übrigens weitererscheinen, trotz un-
heimlichen Geldmangels (die Flipper
haben den Schaden immer noch nicht ersetzt)
voraussichtlich unter dem Namen NORDDEU-
tsche FRESSE (NF)

KOMMENTAR

Der vàrstehende Beitrag ist in Form eines
Flugblattes in den letzten Tagen von der
ANARCHISTISCHEN INITIATIVGRUPPE CHEMIE
Nieddersachsen in größerer Auflage in der
Brd mit Schwerpunkt Hannover verbreitet
worden, Zielgruppe waren diejenigen, die
von den Kämpfen um die Fresse mehr oder
weniger Tangiert wurden. Diese Gruppe s
steht mit uns schon seit einem halben J
Jahr in Kontakt, es handekt sich um Genos-
sen, die in der Industrie auf Chemieschul-
en oder an der Uni tätig sind und versu-
chen an der Basis anarchistische Organi-
sation und Praxis zu entwickeln.
Der Bericht entspricht in den wesentlichen
Punkten der Realität, einige Sachen sind

natürlich etwas verkürzt und verzerrt wiedergegeben, aber das liegt einfach daran, das die Genossen aufgrund ihrer beruflichen Situation, und dadurch, das sie teils weiter auswärts wohnen, nicht ständig in Hannover present sind. Hinzu kommt, daß sie nur sporadisch in der Kornstr. verkehrten, weil sie kein Interesse hatten an den frustrierenden Laberzirkeln der Sozialarbeiter teilzunehmen. Wir stehen mit den Genossen in ständigen Kontakt, und versuchen gemeinsam mit ihnen Eine brauchbare Koordinationsarbeit durchzuführen.
IN jedem Fall brachte es uns unwahrscheinlichen Auftrieb, daß wir mit unserer Position doch nicht so isoliert dastehen, wie es die Kornstraßenflipper allen Linken wieszumachen versuchen.
Diese Gruppe ist die Erste, die sich offen mit uns solidarisiert, während die meisten Linken, obwohl sie tendentiell mit uns sympatisieren, sich zu den Vorfällen immer nur passiv verhalten haben. Wir hoffen das dieses Flugblatt für die anderen Genossen ein Ansatz ist, sich auch öffentlich zu einer Stellungnahme zu diesen Vorfällen durchzuringen sei sie auch für uns negativ. Dieser konflikt ist halt kein Konflikt zwischen zwei isolierten Gruppen, sondern eine Konflikt der von doch immanenter Bedeutung - und auch ein Präzedemzfall - für die gesamte nivht parteigebundene oder revisionistische Linke darstellt.



Parteiführer AN DER Wahlkampffront

X? O SPD O CDU

2o ooo Menschen waren zusammen gekommen,mehr als in den letzten Jahren je ein politisches Ereignis auf die Strasse gebracht hätte.Die Landtagswahl hat diesmal hat diesmal mehr als je zuvor Bundespolitische Bedeutung,gilt es doch zu verhindern,dass die CDU Mehrheit im Bundesrat ~~nicht~~ noch weiter anwächst.Die CDU könnte dann damit rechnen,dass sie auch in anderen Bundesländern noch die SPD überholen könnte, und dann hätte sie die notwendige Mehrheit um alle Gesetze der SPD-FDP-Bundesregierung zu Fall zu bringen.Kein Wunder also, dass in diesem Wahlkampf beide Seiten all ihre Kräfte mobilisieren.Am 27.5.74 erreichten die Bemühungen um den Wähler einen einsamen Höhepunkt,am Rathaus sprachen Herbert Wehner,Helmut Schmidt und Willy Brandt,2 Stunden später konnte man in der Stadthalle Franz Josef Strauss hören.Jeder 25. Hannoveraner, also insgesamt etwa 2o ooo, hatte sich um Willy Brandt versammelt.Stürmischer Applaus begleitete die Reden der führenden Sozialdemokraten.Transparente verkündeten:Hannovers Arbeiter grüssen Willy.

Doch nicht nur Freunde der Sozialdemokratie waren gekommen, gleich zu Anfang hatte man eine Delegation der Jungen Union verprügelt, die mit eigenen Transparenten aufgetaucht war,doch im weiteren Verlauf der Veranstaltung blieb alles ruhig, man hatte die Auseinandersetzung wohl bis zur Veranstaltung von Fraz Josef Strauss vertagt.Doch noch weitere Gegner der Sozialdemokratie waren da.Die Vertreter von mindestens 1o verschiedenen kommunistischen Organisationen verkauften Zeitungen und oder verteilten Flugblätter,die sich alle natürlich gegen die SPD aussprachen,auch wenn 3 Organisationen dazu aufriefen trotzdem SPD zu wählen.Nach dieser SPD Kundgebung bildeten sich 3 kommunistische Fraktionen:eine die sofort nach Hause ging,eine, die da blieb und eine eigene Kund gebung machte,und schliesslich eine,die zur Stadthalle zog,um dort eine Protestkundgebung zu machen.Die Gruppe,die da blieb (KBW) hatte ein gewichtiges Argument auf ihrer Seite.Zur CDU Veranstaltung gehen,um dort zu protestieren das hiesse doch,dass sich CDU und SPD voneinander so sehr unterscheiden,dass man gegen die CDU protestieren muss,während man bei der SPD

21

darauf verzichten kann.Dieser Standpunkt ist für Kommunisten tatsächlich untragbar,schliesslich werden die interessen des Kapitals von der SPD genauso gut vertreten,wie von der CDU.Man kann wirklich nicht sagen der Kapitalismus würde durch die Reformpolitik der SPD ernsthaft bedrängt.IM Gegenteil,die Ausbeutung wächst,und gerade die SPD verstärkt Polizei,Bundesgrenzschutz,die,wie wir beim Fordstreik gesehen haben sehr gut in Arbeitskämpfen eingesetzt werden können.So war dieser Tag für den KBW vermutlich erfolgreicher,als für die Gruppen,die zur CDU Veranstaltung gegangen waren,denn es ist immer besser eine Informationskundgebung zu machen(wenn auch wie in diesem Fall vor nur 3o Leuten) als Störaktionen,die niemanden über zeugen.Der KBW war auch sonst gut vorbereitet.Er hatte ein Megafon,und er hatte zwei Flug blätter,eins für die CDU Anhänger und eins für die SPDler,um jede Zielgruppe getrennt ansprechen zu können.Zur CDU Veranstaltung waren 35oo Leute gekommen,ca.1ooo passten nicht mehr in den Saal und mussten sich deshalb die Rede draussen anhören. Alle Leute,die als Störer erkennbar waren,waren ohnehin nicht eingelassen worden,Polizei stand bereit,um im Ernstfall einzugreifen.Zwischenfälle gabs dann auch genug.Zunächst zum Kräfteverhältnis,fast alle waren CDU Anhänger,5o-1oo Kommunisten,die Zahl der SPDler war nicht fest zustellen,dürfte jedoch ebenfalls sehr gering gewesen sein. Trotz dieser Pulverfass Situation kam es nur einmal zu einem ernsten Zwischenfall.Mit Sprechchören(CDU Faschisten raus aus Hannover)war es gelungen(draussen)Franz Josef Strauss zu übertönen,als dann jedoch der Techniker den Verstärker weiter aufdrehte und damit mühelos die Sprechchöre übertönte, stürmte jemand die Lautsprecheranlage und unterbrach die Übertragung,jedoch nicht sehr dauerhaft,nach drei Minuten war der Ton wieder da,im übrigen wurde der Genosse festgenommen.Während des Vorfalls ~~ent~~ kam es zu Handgreiflichkeiten,dabei wurden auch zwei Flaschen geworfen.Nach Augenzeugenberichten waren die Werfer CDU Anhänger und die Flaschen waren in Richtung der Schprechchöre gezielt,eine der Flaschen soll aus einem der Fenster geworfen worden sein. Diese Flasche soll einen Genossen am Kopf getroffen haben,die andere verfehlte ihr Ziel prallte gegen den Übertragungswagen,und die Glassplitter trafen dann einen CDU Anhänger,der auf Grund der Verletzungen möglicherweise ein Auge verloren hat.Beim Abtransport des Verletzten rief dann empört ein CDUler:"Das waren die Schlägertrupps von der SPD." Dieser Satz zeigt, worum eigentlich geht: nicht um Politik,sondern um das <u>richtige</u> Feindbild.

ROTE HILFE

Offener Brief der Roten Hilfe an die KPD-Rote Hilfe e.v.

2.5.74
die kpd rote hilfe e.v."
fordert seit monaten in ihrer "rote hilfe e.v.-Zeitung" zu spenden für astrid proll und katharina hammerschmidt auf. im prinzip ist dagegen nichts einzuwenden. nur, wenn diese spendengelder weder astrid proll noch katharina hammerschmidt erreichen, wird man etwas stutzig und versucht zu klären, wo die kohle geblieben ist. wir haben die leute von der kpd rote hilfe e.v. vor ca. sechs wochen angeschrieben und um stellungnahme gebeten. geduldig haben wir drei wochen auf eine antwort der eifrigen sammler gewartet. was kam, war wie die kpd - nichts!
nun gut, wir schrieben noch einen brief (diesmal einen weniger freundlichen), in dem wir die herrn aufforderten, innerhalb von zwei wochen dazu stellung zu nehmen und die gelder dem zweck der sammlung entsprechend zu überweisen. wenn dies in der angegebenen frist nicht laufen würde, wollten wir sie öffentlich machen - was wir hiermit tun.
was war eigentlich los?
unter dem vorwand, astrid proll und katharina hammerschmidt finanziell zu unterstützen, sammelten die "roten helferchen" der "kpd" geld, und zwar in jedweder form. das heißt ganz klar, die genossen, leute, typen, freaks oder fortschrittlichen menschen spendeten die gelder eben zu diesem zweck, im vertrauen darauf, daß ihre spende auch bei den genannten genossinnen ankommen würde. die kohle kann also nur für eine sache verwendet werden:

Katharina Hammerschmidt

katharina hammerschmidt die operation, den unterhalt für sich und ihr kind zu ermöglichen; astrid proll das krankenhaus, die kur im schwarzwald sowie die therapeutischen maßnahmen finanzieren zu helfen. wer da nun glaubt, daß dies geschah, liegt falsch, völlig falsch! tatsache ist, daß katharina hammerschmidt in westberlin ein einziges mal 5oo,- dm von der kpd rote hilfe e.v. erhielt. das war alles! astrid proll bekam überhaupt nichts. daß mehr gespendet worden ist, dürfte jedem klar sein, (das zeigen u.a. unsere spendenaufrufe im fall der beiden genossinnen, die nicht nur bei den spontis durchgeführt wurden). bekannt ist und war, daß katharina hammerschmidt allein für eine operation in paris (ohne fahrgeld, unterhalt und kind) 3.ooo,- dm brauchte, und zwar sehr schnell. bekannt ist auch, daß astrid proll, als sie aus dem knast kam, für krankenhaus, kur etc. ca. 6.ooo,- dm (auch ohne unterhalt) benötigte. das alles war und ist auch der "kpd rote hilfe e.v." bekannt.

→

es wäre hilflos und vor allem sinnlos, darüber zu spekulieren, wo das geld für katharina und astrid geblieben ist. wir meinen daß man einen anderen weg einschlagen sollte. wir fordern die "kpd rote hilfe e.v." ein letztes mal, auch im namen aller individuen, die für politische arbeit spenden, auf: 1. zu belegen, wo die gelder geblieben sind, 2. die spenden dem zweck zuzuführen, für den sie bestimmt waren, und zwar unverzüglich.
sollte die "kpd rote hilfe e.v." dazu nicht bereit sein, fordern wir alle genossen auf, keinen pfennig mehr für irgendeine sammlung der "kpd" und ihrer unterorganisationen zu spenden, da nicht gewährleistet ist, daß die spenden ihrer bestimmung entsprechend verwendet werden.

genossen, wir werden euch in zwei wochen bescheid geben, ob die "kpd rote hilfe e.v." auf diesen offenen brief reagiert hat. wir sind aber jetzt schon der meinung, daß man, statt irgendeine obskure sammlung der "kpd" zu unterstützen, das geld den rechtsanwälten der betroffenen genossen oder organisationen schicken sollte, denn dann ist auf alle fälle gewährleistet, daß die spenden auch an den richtigen empfänger kommen. rote hilfe frankfurt
2.5.74

DORTMUND(ID)
9.mai

ANTWORT DER ROTEN HILFE E.V. AN DIE RH FRANKFURT

gegen den ungeheuren vorwurf der roten hilfe frankfurt, wir hätten spenden, für katharina hammerschmid und astrid proll unterschlagen, statt sie zweckgebunden den beiden genossinnen zukommen zu lassen, erklärt die rote hilfe:

für k. hammerschmid sind von uns insgesamt 2.000 dm gesammelt worden. 500 dm wurden k. hammerschmid persönlich überbracht, 1.500 dm wurden ihrem mann in bar überreicht. für astrid proll ist nicht gesammelt worden.

bevor die rote hilfe frankfurt wieder solche konterrevolutionären anschuldigungen verbreitet, die die solidaritätsfront schwächen, sollte sie sich bewußt werden, daß es nicht nur das konto der roten hilfe frankfurt gibt.
rote hilfe - zentralvorstand - 46 dortmund, heroldstr. 50

FRANKFURT (ID)
20. mai

NOCH EIN OFFENER BRIEF DER RH-FRANKFURT AN KPD ROTE HILFE EV.

nochmals (für uns zum letzten mal) zur spendengeldunterschlagung durch die "kpd rote hilfe ev.".

unser offener brief an diese typen (id-nr. 33) setzen wir als bekannt voraus; ebenso die antwort der ev.-ler (id-nr. 34).

1.) zu katharina hammerschmidt:

wir sind der sache mit den 1.500 dm an katis mann sehr sorgfältig nachgegangen. wir riefen in berlin katis mann an und fragten ihn, wie es sich mit den 1.500 dm verhalte. außerdem beauftragten wir berliner genossen, sich ebenfalls um die sache zu kümmern. katis mann versicherte uns ebenso wie den berlinern und dem id, daß er von der "kpd roten hilfe ev." keine 1.500 dm erhalten hat. die genossin hammerschmidt, die momentan wieder im klinikum steglitz liegt, weiß davon auch nichts. die einzige spende, die sie von den ev-lern erhielt waren 500,- dm, die wir auch nicht abgestritten haben. und die bekam sie kurz nach dem hammerschmidt-teach-in in berlin, zudem noch zu sagen wäre, daß sich kati oder ihr mann spenden nur im beisein von zeugen und gegen quittung gegen lassen. grundsätzlich!

2.) zu astrid proll:

die "kpd rote hilfe ev." hat für astrid proll doch gesammelt. das läßt sich ganz leicht durch ihre rote hilfe ev. zeitung nr. 3, letzte seite beweisen; dort wurde u.a. auch das spendenkonto angegeben. somit dürfte wohl klar sein, daß die "kpd rote hilfe ev." die gelder, die für hammerschmidt und proll gesammelt und gespendet wurden, veruntreut hat.
rote hilfe-frankfurt

SCHWARZE HILFE

Spendenaufruf der
schwarzen Hilfe

25.4.74
die schwarze hilfe hamburg ist pleite! das wäre eigentlich nicht schlimm - aber in hamburg und lübeck sitzen zur zeit vier haus besetzer (eckhofstr.) werner hoppe, ilse stachowiak, margit schiller, gerd wieland, wolfgang stahl, gerhard müller und irmgard möller. ausserdem betreuen wir wolfgang grundmann (iva zweibrücken) finanziell.

alle diese genossen haben kein geld - alle brauchen geld! wir können das allein nicht schaffen.
vorschlag: können genossen oder gruppen einen gefangenen "übernehmen"? (1oo,- dm pro monat). das geld müßte an uns geschickt werden, damit klar ist, wer geld kriegt und wer nicht.wir rechnen dann natürlich öffentlich ab! nochmals: es geht um 12 genossen - um 12oo,- dm pro monat! unser konto: postscheckamt hamburg, 28o4 59-2o2, sonderkonto nils hinrichsen.

PROZESS OSSWALD SCHULTE

Im Prozess Osswald Schulte sind inzwischen die Urteile gefällt worden.Für jeden 8Monate Gefängnis(auf Bewährung).Die Anklage wegen §129,kriminelle Vereinigung wurde fallengelassen,weil die KPD/ML in Hamburg an den Wahlen teilgenommen hat,und somit als politische Partei gewisse Privilegien besitzt.So erging das Urteil nur wegen § 9oa,Verunglimpfung der BRD und ihrer Verfassung.Die Genossen Osswald und Schulte waren presserechtlich verantwortlich für die(nicht mehr existierende)KPD/ML Rote Fahne.Weil in den Schriften dieser Organisation von "Klassenstaat"die Rede war,weil der Bundesgrenzschutz Bürgerkriegsarmee genannt wurde,weil Gesetze reaktionär genannt wurden u.ä., deshalb erhielten Norbert Osswald und Michael Schulte 8 Monate Gefängnis.In Hannover wird demnächst ein gleichartiger Prozess laufen gegen Götz Buchholz (siehe auch NHF 1)Die Prozesse richten sich in ihrem Inhalt gegen die gesamte Linke,die Anklagepunkte würden auch für Jusos zutreffen.

"wir sind über die anklage... aussergewöhnlich besorgt. denn wir halten es für eine wesentliche forderung in unserer gesellschaft, dass meinungsfreiheit und organisationsfreiheit für solche organisationen besteht, die sozialistische alternativen zum bestehenden system artikulieren.... einer der angeklagten (norbert osswald) wurde im januar 1973 vom schulkollegium münster als angestellter-lehrer in anwendung des ministerpräsidentenerlasses fristlos entlassen; die jetzige anklage verweist darauf als beweis für seine gefährlichkeit. das zeigt, wie eng die verschiedenen massnahmen der politischen unterdrückung miteinander verbunden sind..." (aus resolution der ESGs bochum, dortmund, münster, siegen, bielefeld; juso-stadtverbandsvorstand bottrop).

"... diese prozesse greifen in ihrer zielrichtung die gesamte sozialistische opposition in unserem lande an, weil in ihnen für strafbar erklärt werden soll, die wahrheit über die klassengesellschaft zu sagen.... die tatsache, dass das strafverfahren... gegen die aufgelöste KPD/ML - rote fahne geht und damit auch gegen die heutige KPD/ML - roter morgen zielt, täuscht uns nicht darüber, dass mit der gleichen argumentation auch jungsozialisten mit ihren politischen forderungen zur kriminellen vereinigung gestempelt werden können, macht uns deutlich, dass es nicht um anwendung von recht gegen kriminelle geht, sondern um den versuch, die klassenherrschaft durch politische verfolgungen von gruppen, die die justiz für schwach und isoliert hält, zu verteidigen..." (kreisdelegiertenkonferenz der bochumer jungsozialisten)

der erweiterte vorstand des kreisverbandes bochum der jungdemokraten protestiert unter anderem gegen den generellen ausschluss der öffentlichkeit. "der ausschluss der öffentlichkeit bei politischen prozessen ist praxis faschistischer staaten und darf in staaten mit demokratischem anspruch nicht vorkommen..."

TODESURSACHE: KAPITALISMUS

FRANKFURT (ID) NACHRUF ZUM TODE DES GENOSSEN REINER DEMSKI

26. april genosse reiner ist tot. er starb während eines asthmaanfalles; nicht an asthma, sondern weil er nie die zeit fand, sein asthma richtig behandeln zu lassen, sich der ernsthaftigkeit seiner krankheit nicht bewußt war. reiner hatte keine zeit, weil er es für eine politische notwendigkeit erachtete, die genossen aus dem knast zu holen und gegen die faschistische justiz zu kämpfen.

bereitwillig und blind vertrauend nahm er unwissend die für ihn tödlichen medikamente, die der arzt ihm verschrieb, um zeit für das zu haben, was er für die politische funktion seines berufes hielt.

er starb an einem kreislaufzusammenbruch, hervorgerufen durch falsche medikamente. die sofort herbeigerufenen notärzte hielten es weder für nötig eine mund-zu-mund-beatmung, noch eine herzmassage zu machen, obwohl unter der große op-wagen stand! als die notärzte kamen lebte er noch.

reiner starb für uns und für unseren kampf gegen dieses system. er starb für eine welt ohne herrschaft, ohne staat und ohne unterdrückung. er starb für die freiheit. er starb im kampf. wir werden das tun, was er tun wollte und werden ihn im gedächtnis behalten als einen aufrechten kämpfer. mein freund und genosse ist tot und ich weine um ihn.

MÜNCHEN (ID) MEK ERSCHIESST DEN TAXIFAHRER GÜNTHER JENDRIAN

24. mai die polizeirazzien in münchner wohngemeinschaften (11 großangelegte in den letzten wochen) eskalierten in einer blindwütigen aktion von 60 mit helmen und visieren vermummten kämpfern des mobilen einsatzkommandos (mek) in der münchner unigegend: am 21. mai wurde günther jendrian - calvados genannt - um drei uhr nachts in seiner wohnung in der adalbertstraße 10 erschossen. die mp-bewaffnete sturmtruppe fahndete nach dem "bankräuber" roland otto, der wegen beteiligung an einem banküberfall (mit der "banklady" margit czenki und rolf heißler) zu 4 jahren und 4 monaten jugendstrafe verurteilt war. seit januar hatte er urlaub auf ehrenwort.

einige tage vor dem überfall in der adalbertstraße hatte die polizei in einer wohngemeinschaft einen brief beschlagnahmt, in dem jendrian schreibt, daß er von einem haus wisse, in dem sich einer der gesuchten aufhält. sicher ist, daß calvados und otto keine verbindung miteinander hatten. calvados war ein schwabinger biertrinker, der vor einem jahr aus der spd austrat, weil sie ihm zu links war.

die behelmten todesschützen hämmerten mit ihren gewehrkolben vor die wohnungstür, ein bewohner will öffnen, da wäre er fast schon tot gewesen, weil eine maschinengewehrsalve durch die noch geschlossene tür über seinen kopf hämmert. die leute stürmten herein, calvados öffnet seine zimmertür und wird direkt erschossen. es gab keinen "schußwechsel", wie in münchner zeitungen steht. am 24: 5. wird offiziell bestätigt, daß es keinen schußwechsel gab. calvados besaß zwar ein kleinkalibergewehr, aber dessen magazin war nach seinem tod voll. es wurden zwar 2 patronen aus diesem gewehr in der flurwand gefunden, aber die stammen nachweislich von einer früheren schießübung. günther jendrian (waffensammler und besitzer eines waffenscheins) konnte sich nicht wehren, er hat kein delikt begangen, das mek hat ihn abgeknallt.

die spurensicherung der polizei sah so aus: die beiden kleinen einschlagläcker der kk-patronen wurden aus der wand gemeißelt und noch mehr einschlagstellen mit hammer und meißel vorgetäuscht. der einsatzleiter sprach von "fehlmeißelungen" seiner leute.

dem mitbewohner maurius ghiman (rumäne mit deutscher staatsangehörigkeit) wurde verhaftet abgeführt und 12 stunden am stück vernommen. danach ging es ihm so, daß er auf einer pressekonferrenz a m 23. 5. in der rechtsanwaltskanzlei arnold/Rolff auf unsere fragen verwirrt antwortete: "der staatsanwalt hat es mir gesagt, wie es gewesen ist." die rechtsanwälte arnold und rolff haben gegen den/die todesschützen strafanzeige erstattet und fordern die sofortige suspendierung des für den überfall in der adalbertstraße verantwortlichen beamten.

calvados hatte seine hauptwohnung am ammersee, auch dort war in der montagnacht die polizei angetreten. als seine erschießung bekannt wurde, fragte seine vermieterin die polizisten, ob sie wüßten, wer geschossen hätte. die darauf: den kameraden kennen wir nicht, und das wollen wir auch gar nicht wissen."

am freitag um 17 uhr wurde eine demonstration in der münchner innenstadt gegen die tödlichen maßnahmen des mobilen einsatzkommandos veranstaltet.

1.MAI

Bericht 1.Mai (APH)
Dercdiesjährige 1.Mai unterschied sich nicht wesentlich vom vorhergehenden,wir haben also unseren Artikeln in Anarcho info 19 und NHF 1nicht viel hinzuzufügen.

5ooo Menschen waren auf der BGB-Kundgebung,anschliessend bildeten sich 2 kommunistische Blöcke.
Der KBW bildete einen Zug von 3oo-4oo Leuten in die Oststadt mit Kundgebung am WeisseKreuzPlatz
Die KPD zog mit 25o Leuten nach Linden
Die KPD/ML bewahrte eine langjährige hannoversche Tradition und beging auch dieses Jahr wieder den roten 1.Mai am Lindener Markt.
Nach Augenzeugenberichten mit 3o Mann und 5o roten Fahnen.
Man kann sagen,dass die kommunistische Linke stärker geworden ist.

Dabei beherrschen vor allem 2 Organisationen das Feld:KBW und KPD
Allerdings kann das in einem Jahr auch wieder anders sein.
Am Abend sprach Löwenthal bei einer Mai Kundgebung des CGB(Christlicher Gewerkschaftsbund),als man versuchte ihn mit Sprechchören am sprechen zu hindern,griff die Polizei ein.Dabei wurde ziemlich drauflosgeprügelt.Später protestierten jedenfalls der DGB und einige kommunistische Organisationen gegen das harte und wahllose Vorgehen der Polizei.

zu dem Vorfall gibts übrigens eine Dokumentation vom KB.

(in linken Buchläden erhältlich.)

Über den 1.Mai 1974 in der Kornstr. war aus bekannten Gründen es leider nicht möglich einen eigenen Bericht oder Photod zu erstellen.
Ein Genosse hat die Maifete selbst miterlebt uns folgenden Bericht zum Abdruck übergeben, so haben wir doch die Möglichkeit einen authentischen Artikel zu bringen. Dieser Genosse hat bestimmte Punkte ansatzweise kritisiert, aufgrung seiner eigenen Erfahrung, die wir schon einmal in der NEUEN Hannoverschen Fresse angeführt hatten, der Bericht spricht für sich und für die Kornstraßenflipper selbst, er bedarf keines weiteren Kommentars,

Wie jedes Jahr veranstaltete das UJZ-Kornstr. auch 1974 eine Fete zum 1.Mai. Es versammelten sich eine ganze Menge Leute, um sich an den zahlreich vorhandenen Unterhaltungseinrichtungen zu erfreuen. Deren gab es auch wirklich genug. Man konnte seine Agressionen mittels Boxhandschuhen abreagieren, Nägel in Holzbalken schlagen, oder an einer Schießbude auf Zielschieben schießen. Auch der Bierverkauf lief recht flüssig, zumal ja auch das Bier in der neueingerichteten Kneipe gleich viel besser schmeckt. Kurz gesagt, man sah vor lauter Konsum keinen politischen Anspruch, falls es diesen Anspruch überhaupt gegeben hat. Er dürfte sich darin erschöpft haben, mit Wandzeitungen auf die Randgruppenarbeit der Kornstr. (z.B. Jugendwohnkollektiv) hinzuweisen, und einen Genossen, der wohl ein paarmal im Gespräch mit Leuten der norddeutschen Fressse gesehen worden war, damit zu erpressen, er würde jetzt entweder schriftlich seine Zustimmung zum Druck eines Flugblattes gegen die NF geben, oder er hätte bis zur nächsten Sitzun des Organisationsrates Hausverbot. Scheinbar bezieht sich die politische Propaganda der Kornstr. ausschließlich darauf, Konsumfeten zu feiern, und genossen, die eine andere Meinung vertreten als sie durch Drohungen einzuschüchterm
Ob diese "Menschen" irgendwann noch einmal dazulernenen werden?

NICHT VERGESSEN!

AM 17. JUNI IST

WATERGATE-TAG

FRESSE-STREIT

Nach ihrem gemeinen Überfall,bei dem sie uns 1ooo Zeitungen der Neuen Hannoverschen Fresse gestohlen haben,blasen unsere Gegner nun zur Menschenjagd.Geschickt verstehen sie es uns, die Opfer ihrer Machenschaften,als schuldige hinzustellen, deren einziges Ziel es ist das Jugenzentrum Kornstr. kaputtzumachen.Der Steckbrief spricht wohl für sich wir möchten hier nur noch frei nach Willy anmerken:Es sind Kräfte am werk,die uns Moralisch vernichten wollen,um unsere Politik zu treffen. Unsere Zeitung erscheint weiter,wenn wohl aus finanziellen erwägungen auch unregelmässig(da zur Zeit einige Prozesse gegen uns laufen und die Zeitungen ,die uns geklaut worden sind uns noch niemand ersetzt hat,sind wir zur Zeit recht stark verschuldet)Da uns der Streit um den Namen der Zeitung einfach zu doof ist haben wir das Titelblatt etwas abgeändert.(Revolutionäre haben wichtigeres zu tun)Wir finden auch eine Schreibmaschine ist lustiger als eine Faust,sie steht Symbolhaft für Pressefreiheit,Öffentlichkeitsarbeit und auch ein bisschen für Organisation.Also gerade richtig für eine Zeitung.

UNABHÄNGIGES JUGENDZENTRUM NORDSTADT 24.4.1974
3 Hannover, Kornstraße 28/30

WIE MAN EIN JUGENDZENTRUM KAPUTTMACHT:

ZWEI KARIKATURANARCHISTEN HABEN DIE GESCHÄFTE DER HERRSCHENDEN ÜBERNOMMEN

"Wir mußten leider eine Strafanzeige bei den Bullen stellen, nicht weil wir die Schweine der Klassenjustiz ausliefern wollen, sondern einfach aus finanziellen Erwägungen...für uns blieb also nur die Möglichkei, die Gelder von einer Versicherung zu bekommen, aber dafür war nun einmal die Anzeige nötig."
Die Anzeige lautet auf Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Diebstahl. Die "Schweine" sind mit die aktivsten Genossen im UNABHÄNGIGEN JUGENDZENTRUM KORNSTRAßE in der Hannover-Nordstadt. Zwei davon arbeiten hauptamtlich als Erzieherin und Sozialarbeiter dort. Drei weitere hatten eigentlich vor, Lehrer zu werden. Einer der "Schweine" ist auf Bewährung. Der Schlag würde sich gelohnt haben, wenn er gelingt: er schenkt dem Staatsapparat fünf Berufsverbote, denn Vorbestrafte kommen nicht in den öffentlichen Dienst.
Die die Anzeige stellten- "einfach aus finanziellen Erwägungen" UM DIE Gelder von einer Versicherung zu bekommen"- haben genau dies auch vor: fröhlich erzählen sie auf der Bunkervollversammlung der Sozialarbeiter könne "seinen Job vergessen". Sie sind so Größenwahnsinnig, daß sie in der Tat in der Lage sind, daß Jugenzentrum kaputt zu kriegen. Die Anzeige ist erstattet. Wir bekommen täglich Besuch von der Polizei, die nach den "Schweinen" fahnden. Diese beiden Menschen haben bei und im UJZ HAUSVERBOT.
Kein Genosse, sei er Juso, sei er Kommunist, sollte mit diesen Menschen noch etwas zu tun haben wollen. Hier kann man nicht mehr sagen, die kaputte psychostruktur sei von den kapitalistischen Deformationen bedingt, sie seien also Opfer. Hier haben wir es mit Feinden zu tun.

Der Hintergrund dieser Geschichte die eher peinlich-lächerlich wäre zöge sie nicht möglicherweise solche Konsequenzen nach sich, ist auch nur psychologisch zu verstehen:

Die Beiden Karikatur-Anarchisten Gansert und Knapienski waren vor einiger Zeit aus dem FRESSE'Kollektivausgeschlossen worden. Das haben sie nicht verkraftet. Im UJZ wurde ausgiebig über eine Neukonzeption der FRESSE diskutiert, die runterkommen sollte von ihrer teilweisen Abgehobenheit von realen linken Bewegung, um stattdessen den Schwerpunkt auf aktuelle jugendpolitische Probleme in Hannover zu legen. Im Organisationsrat des UJZ NORDSTADT wurde der Ausschluß der beiden begründet und akzeptiert. Sie selbst schreiben zwar, daß sie "Beschlüsse des UJZ einen Scheißdreck angehen". Sie brachten eine eigene Zeitung heraus, was ihr Recht ist, und nannten sie, was nicht ihr Recht ist, Hannoversche Fresse", mit einem unsichtbaren "Neue" davor, mit absolut demselben lax lay-out und außerdem mit einem verleumderischen, säuischen und gemeinen Artikel über UJZ, FRESSE und Sozialarbeiter dort.
Die Leute vom UJZ, die gerade zufällig zusammentrafen, klingelten bei den beiden Menschen, diskutierten und bekamen die "Fresse" ausgeliefert. Die Menschen waren sehr klein. Daraus wurde nach dem Wortlaut der Möchtegern-Anarchisten:
"Die Flipperfraktion formierte ein Rollkommando von 7 Leuten und 2 Autos, überfielen uns in 2 Wohnungen, bedrohten, schlugen und beraubten uns. "Ohnmächtig mußten wir und ihrem Terror beugen."
Das ist reinste Oper! Aber in diesem Tenor ist die Anzeige. Dies beschämende Schmierentheater trifft uns in einer Situation, wo
-fortschrittliche Sozialarbeiter aus dem öffentlichen Dienst gewuchtet werden sollen (Berufsverbote)
-die Verhandlungen mit der Stadt voll im Gange sind, wo die ausreichende Weiterförderung noch in frage steht, wo wir am ehesten das erreichen, was wir wollen, wenn wir politisch geschlossen auftreten.
-seit Jahresbeginn im UJZ NORDSTADT wieder einiges läuft,
-wir voll in den Vorbereitungen von Seminaren, nächste Fresse, Jugend kollektiv, Sommerlager, Maifest, Kneipenumbau drinstecken.

Die nächste HANNOVERSCHE FRESSE (Nr. 9/74) erscheint mit den Schwerpunktthemen "Berichte aus der Arbeit mit "Randgruppen", und "Auseinandersetzung mit der Stadt zur Weiterförderung des UJZ"

Wahl !

Wie jedes Jahr dürft ihr wählen:

- O KURZARBEIT
- O MIETERHÖHUNG
- O PREISSTEIGRUNG
- O SCHNELLERE FLIESSBÄNDER
- O UNFALLTOD
- O HÖHEREN WEHRETAT
- O KRISEN, KRISEN, KRISEN, ...

BITTE AUSSCHNEIDEN UND ZUR WAHL MITBRINGEN !